

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Btg. pro Monat, 1,50 Mtl. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebengehaltene Kolonne je Zeile resp. deren Raum 1.— Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 99.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse: **Glück-Aus Bochum.**

Unverlangt Angegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Robert Wilt, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Niemelshausstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Immer neue Massengräber!

Und wieder Not und wieder Tod
In diesen Märztagen —
Sind doch im Schacht, wo's blüht und kracht,
Viel Knappen neu erschlagen. —

Raum wochenlang, daß Sterbefang
Im Saarrevier verklungen,
Und wieder dort wird weiter fort
Das Totenlied gesungen. —

Und wiederum ward still und stumm
Die Massengruft gegraben —
Drin ruh'n zu Haus, wie es Verlauf,
Die armen Köhlerknaben. —

Welch' trübes Los im Erdenchoß,
Ist, Bergmann, doch das deine.
Du bist bedroht vom Flammentod,
Vom Wasser und Gesteine. —

In harter Schicht, beim Lampenlicht,
Stets von Gefahr umgeben,
Gräbst du den Gang im Felsenhang;
Das ist dein armes Leben. —

Ob du privat, ob du dem Staat
Im Schacht gewinnst die Kohlen,
Von gleicher Not bist du bedroht,
Wir sagen's unverhohlen. —

Und diese Not und dieser Tod
Wird nie von dir genommen,
Wenn nicht die Macht im Kohlenschacht
Die Knappen selbst bekommen. —

Raum sind die Toten des Niedenunglücks begraben, noch steht die Bevölkerung des Saargebietes unter dem Eindruck des furchtbaren Unglücks und schon wieder trifft uns die Kunde von neuen Massenunglücken. Diesmal sind es gleich zwei, die der Telegraph meldet. Eine Schlagwetter-Explosion auf dem Schachte Willemin der Firma de Wendel gehörig, und der Bruch eines Förderseiles auf dem Mathildenschachte in Wülflingen, wodurch 22 Knappen mit dem Förderkorb in die Tiefe stürzten, sind die Ursache, daß wieder circa 100 Bergknappen den Tod gefunden haben. In der Unglücksgrube Willemin soll bisher von Schlagwettern wenig gespürt worden sein; saarabische Blätter berichten, daß ein Arbeiter, der bei dem Niedenunglück mit dem Leben davon kam, dort wegen der Wettergefahrlichkeit abfuhr und auf Willemin in Arbeit trat, welche als wettersicher galt. Das hat sich als verhängnisvoller Irrtum erwiesen, am 16. März abends 10 Uhr fand auf dieser Grube eine Explosion schlagender Wetter statt, die, soweit bisher bekannt, 78 Bergleute das Leben kostete, außerdem sind noch mehrere Schwerverletzte vorhanden, die noch kaum mit dem Leben davon kommen dürften.

Wieder stehen eine große Zahl Witwen und Waisen an dem Massengrabe und beklagen den Tod des Mannes und Ernährers, stehen betagte Eltern trauernd an den Gräbern hoffnungsvoller Söhne. Still und stumm sollen sie, wie dort, Blätter melden, ihren schweren Kummer tragen, das ist begreiflich! Wer die Verhältnisse im Rätegrube de Wendel kennt, begreift, daß dort keiner wagt, anklagend seine Stimme zu erheben.

Die Katastrophe ereignete sich abends 10 Uhr, also mitten in der Schicht, so daß man nicht, wie in Neben, die Schuld auf die toten Vorfahrer abwälzen kann. Die Belegschaft der Grube Willemin, die um 1 Uhr nachts anfahren sollte, ist um ein mehrfaches stärker, so daß die Zahl der Opfer eventuell sich gänzlich steigern könnte, wenn die Schlagwetter einige Stunden später explodierten. Ueber die Ursache der Katastrophe, die um so wichtiger auf die Gemüter wirkt, als sie einen der mächtigsten Ringe in der saarabischen-Lothringischen Unglücksreihe bildet, läßt sich noch kein klares Bild gewinnen; da aus den Berichten wenig herauszubringen ist, was sich aus ihrem Abhängigkeitsgefühl und ihrer Furcht vor Maßregelung erklärt. Wetterführung und Verlesung „sollen“ in letzter gutem Zustande gewesen sein; geschossen soll in der Nacht nicht gewesen sein, jedoch man zunächst ohne Schlüssel ist, um das furchtbare Rätsel zu entschlüsseln. Ein in der Abteilung beschäftigter Bergmann versicherte, daß eine Reihe Pfeiler unterhaft offen stand, und daß sich im „alten Mann“ die Wetter ungehindert ansammeln konnten. Nimmt man an, daß durch einen Bruch die Wetter aus dem „alten Mann“ in die Strecken und Querschläge getrieben wurden, so ist das Wetter leicht erklärlich. Die Grube Willemin hat die mächtigsten Kohlenflöze im ganzen Saarrevier, die Produktion ist pro Kopf der Belegschaft höher als in irgend einem andern Revier, und trotz dieser günstigen

Abbaubehältnisse wird fast nirgends häßlicher geschuftet, wie hier. Alte Bergleute erzählten uns, daß vor 20 Jahren, als über 8,50 Mark Lohn nicht ausbezahlt wurden, das Gedulge (Altkorb) pro Meter 25 Mark betrug, während heute, wo der Minilohn der Hauer 5,50 Mark beträgt, für dieselbe Arbeit nur 24 Mark bezahlt werde. Das will heißen, daß sich innerhalb 20 Jahren die Ausbeutung, die Antreiberei, die Arbeitsleistung der Knappen nahezu verdoppelt hat.

In dieser Antreiberei dürfte wohl auch die eigentliche Ursache des Unglücks zu suchen sein, denn bei dem heutigen Tages in den Gruben herrschenden Hasten und Jagen findet der Bergmann keine Zeit mehr, alle berggesetzlichen und sonstigen Vorschriften zu beachten, vorausgesetzt, daß er sie überhaupt kennt.

Wie das Unglück speziell entstanden ist und wer es verschuldet, wird sich auch diesmal schwerlich feststellen lassen. Der oder diejenigen, welche vielleicht Aufklärung geben könnten, sind für immer stumm. Die Kapitalistenpresse weiß, wer die Schuld an dem Unglück trägt. „Wenn das Schicksal lässlich mit unvorhergesehenen Momenten einspringt, wenn es Faktoren in die Rechnung stellt, die die sorgfältigste Ausarbeitung und das vollendetste Sicherungssystem zunichte machen“, dann versagen nach Ansicht der „M. B. Z.“ die Vorbeugungsmaßnahmen gegen solche Unglücksfälle. Wenn die Schuld nicht Arbeitern aufgebürdet werden kann, dann muß es immer die „höhere Gewalt“ sein, der die Schuld aufgebürdet wird. Damit kann sich die Bergarbeiterchaft aber durchaus nicht zufrieden geben und darum muß sie angesichts der neuen Massengräber von neuem und energisch die Forderung erheben: Mehr Bergarbeiterkontrolle! Es hat keinen Zweck, sich in nutzlosen Klagen zu ergötzen über die Opfer der neuesten Katastrophen, sie können wir mit all unsern Klagen nicht mehr zum Leben erwecken, aber darum fordern wir um so energischer durchgreifende Maßnahmen, um solche Massenunglücke zu verhüten. „Welche man uns doch nur hätt' selbst mit den „unvorhergesehenen Momenten“ und dergl. Nebenarten, jeder, der preussische Grubenarbeit versteht, hat, weiß, daß ganz besonders Schlagwetter-Explosionen heute vermieden werden können. Mit einer tabellösen, gut funktionierenden Sicherheitslampe ist es ganz unmöglich, Schlagwetter zu entzünden, das weiß jeder erfahrene Bergmann.

Wenn solche Unglücke trotzdem entstehen, dann liegt es daran, daß die bestehenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter nicht befolgt werden. Als das Niedenunglück im Abgeordnetenhaus besprochen wurde, da gab der Herr Minister Delbrück die Erklärung ab, daß eine Änderung in der Grubenkontrolle nicht eingeführt werden solle. Die von den Arbeitern schon seit langer Zeit geforderten Arbeiterkontrollen werden verweigert und so reist sich ein Massenunglück an das andere. Wenn freilich so eine Katastrophe herbeibringt, dann schlägt auch vorübergehend ein Scharfmaßherz, dann kann man in der Kapitalistenpresse lesen, wie die Achtung vor dem schwereren Bergarbeiterberuf noch übertrifft würde, von dem Mitgefühl mit den Opfern und den armen Hinterbliebenen. — Wenn das mehr als Phrase sein soll, dann bitten wir uns aus, daß die Bergarbeiter aber auch nicht, sobald sie für ihre Arbeit einen angemessenen Lohn, eine Verbesserung der Bedingungen verlangen — und in den niedrigen Bedingungen liegt die Ursache nicht nur der Massen-, sondern auch der Einzelunglücksfälle — als die „begehrlichen“ Bergarbeiter hingestellt und sie, indem man „beweist“, daß ihre Leistung zurückgegangen ist, der Feilheit beklundigt werden. Wir kennen diese Weise und den Wert der Kapitalisten und deren Presseorgane bei solchen Unglücksfällen; wir wissen, daß das Kapitalistenherz nur vorübergehend bei solchen Unglücken menschliche Regungen verrät. Sobald sich die Grabeshügel über den letzten Opfern gewölbt haben, rasi der Betrieb weiter, denn der Profit geht über alles. Die Forderungen der Arbeiter und ihre Vorschläge, wie solche Unglücke verhütet werden können, werden ad acta beige geschoben, und wenn dann das nächste Unglück herbeibringt, wiederholt sich dieselbe widerliche Handelei. Darum haben wir keine Hoffnung, daß die letzten Massenunglücke den besitzenden Klassen so viel das Gewissen geißelt haben werden, daß sie den Ruf der Arbeiter nach mehr Bergarbeiterkontrolle und beachten werden. Den für ihr Leben und Gesundheit notwendigen Schutz werden die Bergarbeiter erst dann erhalten, wenn sie sich eine mächtige Organisation schaffen, sich denselben durch diese erkämpfen. Auf geistesgegenwärtigem Wege auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes das zu erreichen, ist zur Zeit leider wenig Aussicht vorhanden. Schöne Worte hört man freilich in den Parlamenten genug, aber getan wird nichts. Darum müssen die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen und sich das erzwingen, was man ihnen gütwillig nicht gewähren will: Schutz des Lebens und der Gesundheit, anständige Behandlung und auskömmlichen Lohn!

Ganz besonders bedarf aber der Aufklärung das Unglück auf dem dem preussischen Bergbau gehörigen Mathildenschacht in Wülflingen, das sich wenige Stunden nach der Schlagwetter-Explosion auf Willemin ereignete. Bei der Seilfahrt wurde durch Bruch des Förderseiles der Förderkorb seilfrei, stürzte in den Schachthump und riß 22 Bergarbeiter, welche sich auf dem Förderkorbe befanden, mit hinab und in den Tod. Ueber das Unglück schreibt die „Pfälzische Post“ unter anderem folgendes:

„Die Förderseile stürzte mit der Mannschaft in die Tiefe und diese erlitt in dem 20 Meter tiefen, voll Wasser stehenden Schachthump elendiglich den Erstickungstod, wenn sie nicht schon durch den Sturz geblutet war. Eine sofortige Bergung war nicht möglich, da der Schacht erst durch den Handpumpen leer gepumpt werden muß. Der Seilbruch hat bereits schon eine amtliche „Aufklärung“ erhalten, aus der die Öffentlichkeit ebenso klar wird, wie aus der amtlichen Aufklärung der Ursachen der Reden-Katastrophe. Das Seil, ein flaches Stahldrahtseil, soll danach erst vor wenigen Wochen „Bericht“ und Wiegeproben mit beständigem Erfolg“ unterzogen worden sein und trotz des „beständigsten Erfolges“ sind die einzelnen Drähte des Seiles an der Bruchstelle zu Nadelspitzen ausgedehnt. Mag aus einer solchen amtlichen „Aufklärung“ klar werden, wer kann und will, wir kennen uns da nicht aus. In sechs Wochen reisen bei einem mit „beständigem Erfolg“ geprüften Stahldrahtseil, das unseres Wissens 200 Zentner Tragkraft haben muß, die Drähte nicht nadelspitzenförmig, wenn der Förderkorb mit 22 abgekürzten Bergmannsgewichten beschwert ist. Und nachdem vor 14 Tagen erst auf Grube Dübener eine Förderseile mit 12 Mann in den Sumpf stürzte, wobei einige Bergleute ihr Leben lassen mußten, ist es sehr verwunderlich, daß auf dem Mathildenschacht ein 20 Meter tiefer Schachthump offen steht, ohne daß Vorkehrungen getroffen wurden, den Sumpf zu leeren oder abzusperren. Da ist die amtliche „Aufklärung“ sehr Mächtig und die Öffentlichkeit tut gut, diese in den Papierkorb zu werfen und sich ihre eigenen Gedanken zu der Sache zu machen. Nicht „Aufklärung“, nein Rechenschaft hat die kapitalistische Bergverwaltung zu geben. Freilich, diese wird ihr leicht gemacht; ihre Richter sind ja die Gefeggeber von Geldadgnaben, gegen deren Willen Minister Delbrück seinen Bergarbeiterbeschutze einführen mag, weil beide Teile billiger dabei fahren.“

Ob es der Staatsanwaltschaft in diesem Falle gelingen wird, den oder die Schuldigen zu ermitteln, wissen wir nicht. Vielleicht sind es auch hier die „höhere Macht“ oder unvorhergesehene Momente, welche das Unglück verschuldet haben. Sei dem wie ihm wolle, auf jeden Fall kann es den Opfern dieser Katastrophe nichts nützen und auch deren Hinterbliebenen nicht, wenn auch ein Schuldiger zur Rechenschaft gezogen wird. Es ist gewiß richtig, daß es im Bergarbeiterberuf bestimmte Berufsgefahren gibt, die ganz zu bannen vielleicht nicht möglich ist. Aber ein großer Teil der sich immer noch ereignenden Unglücksfälle könnte vermieden werden, das ist sicher. Daß die jetzige Grubenkontrolle nicht imstande ist, den Bergarbeitern den nötigen und auch möglichen Schutz zu gewähren, ist tausendfach erwiesen, aber trotzdem weigert man sich, die von den Arbeitern gemachte Vorschläge auch nur zu probieren. Und warum? Weil der „Herr im Hause“ Standpunkt darunter leiden könnte! Solange man aber diesen Götzen noch Menschenopfer bringt, verschone man uns doch mit dem bei jeder solchen Gelegenheit wiederkehrenden „tiefen Mitleid“ mit den Opfern und deren Hinterbliebenen. Was nützt das diesen? Und auch den Hinterbliebenen ist kein Ersatz für den Gatten und Ernährer gegeben durch Gelddividen. Herr Minister Delbrück hat bei Besprechung des Niedenunglücks versprochen, für die Hinterbliebenen solle in ausreichender Weise gesorgt werden, und von Herrn de Wendel wird berichtet, daß er 100 000 Mtl. für die Hinterbliebenen der auf seinem Werke ums Leben gekommenen gespendet habe. Aber abgesehen davon, daß es einfach Pflicht ist, für die Hinterbliebenen der Opfer zu sorgen, können die vernünftigen Menschenleben dadurch nicht wieder hergestellt werden, haben die Überlebenden und die wieder in die Gruben Hinabziehenden nicht den für sie notwendigen Schutz. Darum verlaßt man endlich den überlebten und lächerlichen Herrenstandpunkt; setze man sich anstatt dessen mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung, diese werden schon die nötigen Fingerzeige geben, wie die hohen Unfallzahlen und die Unglücksfälle eingeschränkt werden können. Und wenn man das nicht will, dann höre man wenigstens auf, mit der wohlfeilen Arbeiterfreundlichkeit und angeblichem Mitgefühl hausieren zu gehen.

Für die Bergarbeiter müssen diese Massenunglücke aber wieder eine ernste Mahnung sein, mehr als bisher sich um den eigenen Schutz zu kümmern. Die frühen Gräber in Saarabien mahnen eindringlich: Erzwingt durch die Organisation mehr Bergarbeiterkontrolle, ehe es zu spät ist und neue Massengräber gegraben werden müssen.

Schlag auf Schlag

Kommen, so schreibt uns unser Korrespondent aus dem Saarrevier, die Gubshochschichten. Wieder liegen hunderte Bergleute zertrümmert, verbrannt und verblüht bis zur Unkenntlichkeit auf der Totenbahn, wieder stehen hinter ihnen unglückliche Bergmannsfrauen, jammernd und händeringend, wieder bereimen viele Bergmannskinder ihren toten Vater. Aber diejenigen, denen es obliegt, die Bergleute vor solchen Unglücken zu schützen, werden auch kalt und stumm an diesen Massengräbern stehen, werden auch wie vor dem vielgeprüften Bergmann wirklichen Schutz versagen, bis sich halt wieder ein Massengrab öffnet, um dann zu schließen — ein unabwendbares Ereignis! — Bergleute gibt es wie Sand am Meer. Für die Verbliebenen werden andere herangeführt.

In der Nacht vom 14. auf den 15. März ereignete sich auf der De Wendelschen Steinkohlengrube Schueden, Schacht Willemin bei Wülflingen eine Schlagwetter- und

Kohlenstaubexplosion die 34 Knappen dahintrass. Diese Grube gilt als die ergiebigste sämtlicher saarabrischen Kohlengruben, hat Tiefe von Mächtigkeiten von 6-7 Meter und ist eine wahre Goldgrube für den Herrn De Wendel. Sie ist aber auch sonst allgemein nicht schlecht in Ordnung, gilt als Arbeiterverhältnisse, die ebenfalls zu den besten und bezüglich des Verdienstes steht sie unter den saarabrischen Gruben mit an erster Stelle. Die Wöhne sind höher wie auf den fiskalischen und auch wie auf Saar- und Moselgrube wodurch sich die Verwaltung eine ziemlich sehnliche Verleumdung, herangezogen hat. Nur was die Arbeitszeit anbetrifft, hinter sie den anderen Gruben nach, denn es herrscht hier noch die sehr schandliche unterirdische Schicht. Es soll vom 1. April ab die Achtstundenschicht eingeführt werden, was schon vor dem Unglück beschlossen war. Die Explosion fand statt um 10 Uhr, also mitten in der Schicht. Wie sich die Wetter angehalten haben und wie sie in Brand gerieten, darüber herrscht volle Unklarheit, genau wie bei dem Kiederungsglück. Allgemein soll die Wetterführung auf Wusteln nicht schlecht sein, dahingegen soll die Arbeit des Bergwerkes schlecht ausgeführt werden, so daß die verpesteten Strecken viele Pöhlräume aufwiesen, in denen sich Wetter leicht halten konnten und in der Zeit auch häufig ansammelten. Unter den Bergleuten ist man der Meinung, daß auch dieses Mal ein Grubenbrand entstanden sei und die Wetter zur Explosion brachte, oder aber sie seien durch einen Schlag angelockt worden. Die Grubenverwaltung hat ferner erklären lassen, daß auf der Nachtschicht nicht geschossen wurde, aber demgegenüber behaupten die sonst so sehr schweigsamen Vergleute das Gegenteil und auch, daß die Verwaltung dieses hätte wissen müssen, da hier in Gegenwart der Steiger abgeschossen worden sei. Ob aber in diesem Fall die Wetter durch einen Sprengschlag oder durch Selbstentzündung angelockt wurden, ist noch nicht festgestellt und wird wahrscheinlich ebenfalls wie auf Kiederung festgestellt werden. Vorläufig wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß, genau wie auf Kiederung, alles in Ordnung war.

Wie auf Kiederung, so auch hier, hat nicht die Schlagwetterexplosion die Hauptverheerung angerichtet, sondern der durch die Wetter entzündete Kohlenstaub. Die Wehrkraft der Vermögenden ist in den durch die Kohlenstaubexplosion entstandenen Nachschäden erstickt.

Verleumdungsanlagen sollen vorhanden und auch in brauchbarem Zustande gewesen sein, berichtet die offizielle Presse. Auch auf Kiederung war die Verleumdung vorhanden, war laut amtlichem Bericht, tadellos in Ordnung und doch haben nach dem Unglück Schloffer von den Gruben Feinlig, König, Dechen und Kohlenwald fast drei Wochen auf Kiederung Verleumdungsanlagen gelegt und in die schon gelegten neuen Sprühähne eingebaut. Die Verleumdungsleitung war durch die Explosion dort nicht zerstört und dennoch mußten 12-15 Schloffer fast drei Wochen an der Leitung arbeiten! Wir schreiben damals, daß auf Kiederung nur in der Förderstrecke gerieft worden wäre und das nur alle 24 Stunden einmal und nur so weit, als der am Ende des Rohres angebrachte Schlauch langte. In den Nebenstrecken habe die Verleumdung ganz gefehlt und in der Förderstrecke seien oft auf Zwischenabständen von 200 Meter keine Verleumdungshähne vorhanden gewesen. Unsere Angaben hat man nicht bestritten und die Tatsache, daß die Schloffer nachher Pähne und Rettungsrohre eingebaut haben, bestätigt die Richtigkeit unserer Angaben. Derselben Zustand wurde von den Vergleuten von der De Wendel'schen Unglücksgrube geschildert. Hier soll sich nur im Querschlag eine Verleumdungsleitung befinden, und anstatt daß jeden Tag, oder jede Schicht gerieft würde, sei das kaum alle 14 Tage geschehen! Die schreckliche Katastrophe, die gleichzeitig ein memento mori für den ganzen Bergbau war, scheint also auf die Leiter der Nachbargruben nicht einmal so viel gewirkt zu haben, daß sie zur Verleumdung ähnlicher Unglücke auch nur die allernotwendigsten Vorschriften befolgt hätten, geschweige denn, daß allgemein bessere Vorkehrungen getroffen wurden.

Die Goldknechte der saarabrischen Werkpresse, die nach Courtois's bombastisch schrieben, Waffnungslücke, Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen seien auf den Saargruben bei der Musterung der dortigen Betriebe nicht möglich, haben ihre Meinung geändert. In der Lobpreisung und Verteidigung ihres eigenen Kapitalismus, den sie engelrein waschen müssen, schreiben sie heute, hier habe ein „unvermeidlicher Zufall“ stattgefunden, wenn 14 Tage lang nicht gerieft wird, wenn sich dadurch eine riesige Menge Kohlenstaub ansammelt, der erplobt und ein halbes hundert und mehr Kameraden dahintrass! Der Stumm'sche „Schleifstein“ schrieb am 20. März, nach der Mendenkatastrophe hätten Kesseler Vergleute gesagt, daß ein solches Unglück auf ihrer Grube ganz unmöglich sei, und nun doch das Verhängnis! Demgegenüber stellen wir fest, daß uns gegenüber Vergleute von Kesseler, Strübingen und Anvershausen gesagt haben, daß auch auf ihrer Grube ein solches Unglück nicht nur möglich, sondern sogar recht wahrscheinlich sei, wenn die tolle Schusterrei so weiter gehe! Gerade nach der Reichstagswahl, die nicht ausgefallen ist wie es die Verwaltung wünschte, hat man den Vergleuten den Vorwurf höher gehängt, ist die Anteilnahme größer geworden, was die Sicherheit des Betriebes sehr vermindert hat. Aber nicht nur die Vergleute der Kesselergrube haben ein Unglück vorhergesehen, sondern auch die auf Saar- und Moselgruben befristeten Kameraden, hauptsächlich auf Schacht Merlenbach, befürchteten eine solche Katastrophe, wie ja auch die Knappen von Kiederung lange vorher in öffentlichen Wirtschaften ihr Unglück prophezeit haben! Auf Kiederung wären die Knappen längst abgefahren, wenn sie nur gewußt hätten, wohin. Die deutschen Vergleute müssen, ohne zu murren, alles über sich ergehen lassen. Gebt den Vergleuten Freiheit, gebt ihnen das Recht, die Gruben selbst zu kontrollieren, sich selbst zu schützen und solche Unglücke werden sich nicht mehr wiederholen. Statt dessen mahregelt man diejenigen, die sich organisieren und für Besserung der Grubenverhältnisse eintreten, wie es kaum 14 Tage vor der Katastrophe auf diesem Schacht noch einem Verbands-Kameraden erging. Aber nicht nur Verbandskameraden mahregelt man oder verlegt sie an den „Sandberg“, sondern auch Mitglieder des „christlichen“ Gewerksvereins, die Charles de Wendel, der jetzige „Mithras“ der Grube, „schwarze Sozialisten“ nennt.

Das zweite Unglück ereignete sich am 16. März, des Morgens bei der Seilfahrt, auf der fiskalischen Grube Gerhard, Mithrasgrube, durch Seilbruch, wobei 22 „königliche“ Vergleute auf dem niederstürzenden Förderkorb im Schachtstumpf ihren Tod fanden. Der Mithrasgrube diente nicht zur Kohlenförderung, sondern als Aufschacht und zur Menschenförderung, so daß man hier einen Seilbruch für unmöglich halten sollte. Auf einem fiskalischen „Mithrasgrube“, auf dem nur „königliche“ Vergleute ein- und ausgeführt werden, sollte man erwarten, daß das Förderseil recht sorgfältig geprüft und rechtzeitig erneuert wird, was ein Reichen ganzlich ausreicht. Der 14 Tage vorher erfolgte Seilbruch auf Grube Dübber, wobei einige Kameraden das Leben einbüßten, mehrere schwer verletzt und zu dauernden Krüppeln wurden, hätte erst recht zur Vorsicht mahren müssen. Unwohl! Auch hier haben die Vergleute das Unglück vorher prophezeit und die ungeheuerlichsten Gerüchte zu kullieren wußten. Es erzählt man, das Seil sei schon vor zwei Jahren schadhaft gewesen. Das scheint uns unglücklich, ja unmöglich, zeigt aber, was die Vergleute der Verwaltung alles zutrauen. Das aber das Förderseil längst schadhaft gewesen ist, scheint festzuhalten; darüber wird der „Saarwacht“ berichtet.

Derselben Wert scheint die amtliche Untersuchung über den verhängnisvollen Seilbruch auf dem fiskalischen Mithrasgrube zu haben, wenn sich die Mitteilungen befähigen, die uns von dort be-

schäftigten Bergleuten zugehen. Danach habe das gerissene Förderseil schon seit Monaten nicht nur einen, sondern zwei Brüche gehabt, die nach der einen Information schon im Dezember beim Seilschneiden entdeckt und den Steigern gemeldet worden seien. Vor 14 Tagen sei der Bruch oberhalb des Förderkorbes wiederholt gemeldet worden, trotzdem sei das brüchige Seil immer noch zur Menschenförderung benutzt worden. Unter den Vergleuten behauptet sich auch mit aller Gattmüdigkeit das Gerücht, nach der Katastrophe sei vier bis sechs Meter oberhalb der Bruchstelle das Seilende abgehauen worden, um die Untersuchung zu erschweren.

Diese Angaben sind so ungeheuerlicher Art, daß die Bergbehörde sich ohne Umschweife dazu äußern muß. Wenn man sich vorstellt, was die Vergleute sich hier über die Grubenverhältnisse alles erzählen und daß sie trotzdem auf bestimmte Fragen jede Antwort verweigern, so gewinnt man ein erschreckendes Bild saarabrischer Arbeiter-einschüchterung. Aber die Zungen müssen gelöst werden, denn es handelt sich um tausende Menschenleben!

Wer sagt die Wahrheit?

Das Organ der Abt. Bergwerksverwaltung in Saarbrücken, der „Bergmannsfreund“ erklärt zu dem Seilbruch auf dem Mithrasgrube:

„Das gerissene Förderseil lag seit dem 2. Oktober 1904 auf. Es ist am 19. Februar d. J. der vorgeschriebenen Probe unterworfen worden und hat dabei 7,87 fache Sicherheit bei der Probieren erbracht. Die vorgeschriebene Sicherheit ist mehrfach. Die Proben gaben zu irgend welchen Bedenken keinen Anlaß. Bei der am 18. vor Beginn der Seilfahrt vorgenommenen Revision wurde das Seil vollständig in Ordnung gefunden. Maschinenwärter und Anschläger haben während der Nachtschicht und während des Einhängens der ersten drei Körbe irgend welche Beobachtung nicht gemacht, die auf einen Seilbruch hätten schließen lassen.“

Also das Seil ist am Unglückstage (am 16. März) vor Benutzung revidiert worden, es fanden sich keine schadhaften Stellen. So behauptet das offizielle Organ der Grubenverwaltung. Dagegen erklärte der Oberberghauptmann v. Welsen am 21. März im preussischen Herrenhaus, daß das Förderseil auf dem Mithrasgrube an der Bruchstelle sehr schadhaft war, wodurch aber diese Schadhaftheit verursacht ist, weiß man noch nicht. Man nahm, so fuhr Herr v. Welsen fort, bisher an, daß die Seile vor allem an der Stelle, wo sie am Förderkorb befestigt sind, abgenutzt würden. Es ist möglich, daß die vorgeschriebene tägliche Revision in der letzten Zeit nicht immer vor- schriftsmäßig stattgefunden hat, wenigstens liegen einige Auslagen noch nicht revidierter Vergleute in dieser Richtung vor.

Der Chef der Ministerialabteilung für Bergwesen macht hiermit eine Aussage, die im schroffen Widerspruch zu der Erklärung des „Bergmannsfreundes“ steht. Die Behauptung: „es war alles in Ordnung“ ist jetzt schon als haltlos nachgewiesen. Welche Grubenverhältnisse sind sonst noch vorhanden?

Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus dem Saargebiet geschrieben:

„In Nr. 230 Ihres Blattes bringen Sie einen Artikel über das Grubenunglück auf dem Mithrasgrube bei Wiffingen. Das Ihr Berichterstatter schreibt, entspricht den bergamtlichen Vorschriften über denartige Betriebsanordnungen, entspricht aber nicht den Tatsachen auf dem Mithrasgrube. Ihr Berichterstatter schreibt: „Jeden Morgen muß das Seil von dem beauftragten Beamten nachgesehen werden. Dieser Beamte muß jeden Morgen die Seilseile prüfen und dort bei langsamem Abrollen des Seiles dieses auf Bruch revidieren.“ Demgegenüber ist vor dem Staatsanwalt und dem Ob. Oberbergamt Meisner aus Berlin von verschiedenen Jungen unter Eid ausgesagt worden, daß der damit beauftragte Beamte an dem Morgen des Unglücks die Seilseile nicht ersehen und das Seil überhaupt nicht revidiert hat. Ihr Berichterstatter schreibt weiter: „Findet er nur einen der Drähte schadhaft, so dürfen Menschen mit dem Seile nicht mehr geführt werden.“ Demgegenüber besteht die Tatsache, daß bereits vier Wochen vor dem Unglückstage an dem Seile fünf Drähte gerissen waren, wie von einem Gruben-schmied damals festgestellt und sofort dem verantwortlichen Beamten gemeldet wurde. Trotzdem wurden aber seit dieser Zeit bis zu dem Unglückstage mit diesem schadhaften Seile immerfort Menschen gefördert. (Eidlich bezeugt). Weiter heißt es: „Auf Schächten, die Menschen fördern, wird das Seil alle zwei Jahre erneuert.“ Tatsache ist, daß das fragliche Seil schon zwei Jahre und vier Monate für Menschenförderung benutzt wurde. Die Art und Weise, wie Ihr Berichterstatter das Unglück zu erklären sucht, ist nur eine Mutmaßung, die aber von Vergleuten, die vor, während und nach dem Unglück am und im Mithrasgrube beschäftigt waren, nicht geteilt wird.“

Das sind Behauptungen, die, wenn sie wahr sein sollten, nicht etwa nur eine strenge Untersuchung der Zustände auf dem Unglücksgrube, sondern auf allen Schächten fordern. Es wirft sich dabei die Frage auf, wer den Artikel im „Bergmannsfreund“ veranlaßt, und ob es nicht an der Zeit ist, eine von den fiskalischen und von den privaten Grubenverwaltungen unabhängige Kommission mit der strengsten Untersuchung der Verhältnisse (nicht nur des Saargebietes) zu betrauen! Im ordentlichen Gerichtsverfahren wird niemand als Entlastungszeuge anerkannt, der im Verdacht steht, an dem Vergehen oder Verbrechen irgendwie als Mitschuldiger beteiligt zu sein. Im Bergbau aber gelten sehr häufig bei Unglücksuntersuchungen als aushelfende Zeugen solche Persönlichkeiten, die eigentlich auf die Anklagebank gehören.

Der Blutstrom steigt weiter!

Unausföhrlich fallen Menschenopfer. Grubenunglücke, bei denen „nur“ ein oder zwei Vergleute verkrüppelt oder getötet werden, finden in der „nationalen“ Presse kaum Beachtung. Es fehlt ja nicht an Arbeitern, für die Gefallenen hollen Seelenverkäufer Ersatz aus Ostbrien und dem Auslande.

Auf Reche Bruchstraße bei Langendreer sind durch Schlagwetterexplosion zwei Kameraden schwer verletzt worden, einer davon ist schon gestorben.

Auf der Unglücksgrube Klein-Kesseler wurden schon wieder zwei Vergleute durch Steinfall getötet. Beide hinterlassen Witwen und Kinder.

Auf der Grube Große-Burg bei Neunkirchen (Siegerland) stürzte ein Stollen ein. Der Obersteiger Reiffenrath und 8 Vergleute wurden getötet.

Das ist des armen Bergmanns Sterben! Kameraden, wie lange wollen hunderttausende von euch diese schrecklichen Zustände gleichgültig ansehen? Helft euch doch selbst! In den Bergarbeiterverband hinein, das nur kann euch retten!

Im Reichstage

hoben die sozialdemokratische und die Zentrum-Fraktion Interpellationen (Anfragen an die Regierung) über die Ursachen der letzten Grubenkatastrophen und über die Ergebnisse der vom Reichstage verlangten Untersuchungen der Zwischenstände eingeleitet. Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky gab im Reichstage am Mittwoch den 20. März die Erklärung ab, die Regierung werde nach den Osterferien die Anfragen beantworten; es sollte ein technischer Bergbeamter aus Elsaß-Lothringen und ein Vertreter des preussischen Bergwerksministers den Verhandlungen betreten. Dadurch werden sich die Debatten auch erstrecken müssen auf die Grubenverhältnisse im allgemeinen. Unsere Kameraden Sasse und Hue werden den Herren beweisen, was alles in standhaftester Unordnung war und ist.

Soziale Rechtssprechung und Arbeiter-Versicherung.

Eine Klage ausgewiesener „Christen“.

Wegen des Verfallspräsidenten Graf Zeppelin-Wilhelm zu Meß (Regierungspräsident von Vöhringen) und des Kreisdirektors (Landrat) Geheimen Regierungsrat v. Erdmann zu Dieblichhofen hat der Rechtsanwalt Steller in Meß, Rechtsbeistand der „christlichen“ Gewerkschaften, als Bevollmächtigter zweier ausgewiesener italienischer Vergleute die Klage auf Schadenersatz angestrengt. Die Summe beläuft sich in einem Falle auf 900, in dem andern auf 250 Mark. Der Klage liegt folgender Tatbestand zu Grunde. Als der „christliche“ Gewerksverein 1905 im Minettegebiet anfangs Fuß zu fassen, schlossen sich die beiden Kläger demselben an und nahmen unter ihren Landsleuten denn auch die Vertrauensposten an, trugen die vom Gesamtverband der „christlichen“ Gewerkschaften geleiteten italienischen Zeitungen aus, kaffierten die Beiträge, betätigten sich an Versammlungen usw. Diese Tätigkeit gefiel der Firma de Wendel, bei welcher sie beschäftigt waren, durchaus nicht und so wurden sie sofort auf ihren Arbeitsstellen von den Beamten disankt, die ihnen auch deutlich zu verstehen gaben, daß, falls sie ihre Tätigkeit im Gewerksverein nicht aufgaben, ihres Bleibens bei der Wollfabrikfirma des Rindensbauers de Wendel nicht mehr sei. Die Leute ertrugen die Chikanen, blieben dem Gewerksverein treu und beteiligten sich auch an der Aufstellung des sogenannten Reformprogramms des Gewerksvereins, das am 21. November 1905 sämtlichen Werksverwaltungen zugestellt wurde. Auf diese Eingabe erhielten die „christlichen“ Arbeiter von den noch „christlichen“ Unternehmern keine Antwort, worauf dann am 14. Januar 1906 jene ominöse Versammlung in Göttingen stattfand, während welcher die Fiskus durch Savignen galoppierte, um den Vergleuten durch die Eingaben und die als finale den de Wendel-Starus-Prozess gebur. Der Fiskusritt, so behauptet die Klageschrift, sei auf Wunsch, sicherlich aber zum direkten Schutze der Firma de Wendel geschehen und habe der Kreisdirektor, der den Fiskusritt veranlaßt habe, seine Amtsbezüge überschritten, da zu einem solchen Vorgehen zur öffentlichen Sicherheit kein Grund vorlag. Einer der Kläger wurde nach der Versammlung sofort ohne Abkündigung und ohne Angabe der Gründe von der Wollfabrikfirma de Wendel entlassen, beide aber am 26. Januar 1906 des nachts um 2 Uhr aus dem Bette verhaftet, zunächst ins Gefängnis gesperrt und dann über die Grenze geschafft. Der Ausweisungsbefehl lautet:

„Die Ausweisung des Italieners ... mittels Transports über St. Ludwig wird hiermit verfügt.“

Meß, den 26. Januar 1906.

Der Bezirkspräsident.

Ohne Angabe eines Grundes einfach „verhaftet“, und so wird ein armer Familienvater mitten in der Nacht von Wurdarmen aus dem Bett geholt, ins Gefängnis geworfen, über die Grenze geschleppt, weil der Bezirkspräsident es — verflucht hat! Angaben über den Grund der merkwürdigen „Verfügung“ haben weder die Wurdarmen den Ausgewiesenen selbst gemacht, noch hat der Bezirkspräsident solche Angaben dem Steller erteilt, als dieser darum ersuchte. Die Klageschrift nimmt nun an, daß die Ausweisung auf direkten Wunsch der Firma de Wendel erfolgt sei, daß sie vollständig willkürlich und direkt gegen die gesetzliche Bestimmung erfolgt sei. Die Kläger seien lange Jahre in Deutschland ansässig, einer sogar über zehn Jahre, habe eine Deutsche Frau geheiratet und sich während dieser Zeit durchaus gut geführt. Durch den Anschlag an den Gewerksverein seien sie nur de Wendel „lästig“ geworden, aber nicht der Öffentlichkeit und nicht der Allgemeinheit. Auch hätten sie dadurch nicht gegen ein bestehendes Gesetz verstoßen und schädlich nichts mehr getan, als de Wendel selbst, der sich den Unternehmern inbilden anhängt. „Die Ausweisungsbefugnis ist der Verwaltung verliehen im öffentlichen Interesse“, sagt die Klageschrift. „Sie ist ihr nicht verliehen, um einseitige Interessen von Privatleuten, und seien sie selbst die Herren de Wendel, wahrzunehmen auf Kosten der ebenso berechtigten Interessen anderer Privatleute, hier der inländischen Mitglieder des Gewerksvereins. Die Unternehmer haben kein Recht darauf, daß Ausländer bloß als Streikbrecher-Reserve ins Land kommen. Gerade so gut könnten die Gewerksvereinsleiter verlangen, daß ausländische Streikbrecher und Unorganisierte ausgewiesen werden. Noch weniger ist aber der Verwaltung die Ausweisungsbefugnis verliehen, um dadurch indirekt auf Inländer hinzuwirken, daß sie absolut rechtmäßig, im vorliegenden Falle sogar absolut friedliche Handlungen unterlassen, zu deren Verhinderung die Behörde nicht das geringste Recht hat. Verneigt sie dennoch ihre Befugnis zu einem solchen Mißbrauch, so mißbraucht sie ihre amtliche Gewalt.“ Die Klageschrift geht von der Voraussetzung aus, daß die Vöhringer Behörde mit der Firma de Wendel Hand in Hand arbeite und sucht dieses „freundschaftliche“ Verhältnis durch mehrere Beispiele zu beweisen. So erhalte die Firma de Wendel Einblick und Kenntnis der offiziellen Versammlungsberichte und zwar mutmaßlich vom Kreisdirektor selbst. Wie auch die Klage ausfallen mag, ist neben- sächlich, fest steht, daß Arbeiter, die jahrelang geduldig den Geldsack des Bergwerksbetriebs de Wendel haben füllen helfen, deshalb von den Behörden des „Christenstaates“ verfolgt wurden, weil sie sich „christlich“ organisierten. Sie traten ein für die Verbesserung ihrer Lebenslage und machten sich dadurch — lästig und wurden ausgewiesen.

Gerichtliches.

Gottesberg. Wegen fahrlässiger Tötung angeklagt war der Bergbauer Josef Hoffmann von Gottesberg. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, am 12. Januar 1907 den Tod des Bergbauers Richard Lips aus Jellhammer auf dem Mayrauschte verschuldet zu haben. Hoffmann ist 54 Jahre alt, Bergbauvater und ansehnlich sehr schwerhörig, trotzdem bekleidete er seit 20 Jahren den Posten eines Anschlägers auf der Hängebank. Am dem Unglückstage war am Morgen gegen 8 Uhr ein Korb Holz in den Schacht und zwar auf die 232 Meter tiefe II. Sohle befördert worden, welcher von dem Hauer Lips und dem Schlepper Neumann begleitet worden war und von diesen abgeladen werden sollte. Kurze Zeit darauf ertönte indes auf der Hängebank das Signal (4 Schläge) Hochziehen, in gutem Glauben, daß dieses nur von Lips ausgehen konnte, gab S. das Signal weiter an den Maschinenführer. Der Korb wurde auch hochgezogen und allem Anschein nach ist Lips, der nach beim Abblenden auf dem Korb beschäftigt war, von Holz aus dem Korb geschleudert worden. Sein Verbleib war, als er sah, daß der Korb in die Höhe ging, um Schreck aus nächster Nähe zu laufen, doch er als zurückgefallen, fand er seinen Kameraden bewusstlos im Stumpfe liegend vor. Der Verunglückte erlangte das Bewußtsein auch nicht wieder und ist nach dem ärztlichen Gutachten an inneren Verletzungen verschieden, äußere schwere Verletzungen konnten nicht festgestellt werden. Dem Angeklagten zur Last gelegte Fahrlässigkeit soll nun darin bestanden haben, daß er das Glockensignal verwechselt hat. Auf der Hängebank mündeten zwei Glockenleitungen, eine von der II. Sohle, die andere von der I. Sohle kommend. Beide Glocken, die in einer Höhe von vier Meter auf der Hängebank angebracht sind, unterscheiden sich nur durch einen unbedeutenden Klangunterschied. Um einer Verwechslung indes vorzubeugen, hätte eine Person an den Ort gestellt werden müssen, die in bezug auf das Mehr gefund war und die eventuell durch die Bewegung der Leitungen heraufgefunden hätte, von welcher Sohle das Signal gegeben worden ist. Diesen verantwortungsvollen Posten verließ der frange Angeklagte, der obendrein noch die Aufgabe hatte, beim Herbeiholen des Holzes beistehend zu sein. In der fraglichen Unglücksstunde war auch der Angeklagte mit dem Herbeiholen von Holz beschäftigt, hörte in einer Entfernung von etwa fünf Metern das Glockensignal, infolge seiner Schwerhörigkeit überhörte er selbstredend den Klang und hatte auch auf die bei ung. keinen Augenmerk haben können. „Unglückschicksal“ wollte es aber der Zufall, daß gerade zu dieser außergewöhnlichen Zeit ein Steiger von der I. Sohle die Seilfahrt benötigen wollte. Bemerkte er hier, daß die Seilfahrt nur Beamten gestattet war, eine allgemeine Personenförderung darauf nicht mehr stattfand. S. erklärte, daß er des öfteren seinen nächsten Vorgesetzten gegenüber den Wunsch geäußert hätte, von seinem Posten entbunden zu werden. Der Staatsanwalt hielt indes den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, evtl. Verurteilung. Voranfrage einer ärztlichen Untersuchung auf die Schwerhörigkeit, wie eine Vorabklärung der Klageschrift. Als Sachverständiger des Bergfaches war Herr Bergmeister Brägel erschienen. Der Gerichtshof kam indes zu der Ansicht, daß der Angeklagte wohl Schuld an dem Unglück trüge, doch konnte eine schuld- bare Fahrlässigkeit seiner Handlungsweise nicht festgestellt werden. Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß das Klagesignal sich entschieden in einem mangelhaften Zustande befunden habe und daß es zur Vermeidung eines Unglücks einer Person bedurft hätte, die sich voll und ganz nur dem Signalgeben genötigt hätte und nicht, wie es bei dem Angeklagten der

Mitglieder. Das Gesamtvermögen des Verbandes erhöhte eine ähnliche Steigerung, von 401 875 Mkt. Ende 1905 auf 824 187 Mkt. Ende 1906. Die Einnahmen von 1826 betrugen 1 082 894 Mkt., die Ausgaben 716 293 Mkt., darunter 429 267 Mkt. an Streikunterstützung, 12 454 Mkt. an Reisefürsorge, 8857 Mkt. an Unionsunterstützung, 17 658 Mkt. Sterbefürsorge, 11 976 Mkt. an Heilung, 41 000 Mkt. für Agitation durch die Gewerkschafter, 88 229 Mkt. für den „Bauchleidsarbeiter“ und 10 655 Mkt. an Gehältern.

In der Metallindustrie ist eine lebhaftere Absatztätigkeit eingetreten. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß der „unerbittliche“ Kampf zwischen den alten und neuen Werken um den Absatzanteil sehr erbittert geführt wird. Zweifellos ist der Absatz nicht entfernt so gestiegen, als die Zahl der Werke. Der Gesamtabsatz des Metallhandels wird in 1900 Teile zerlegt und jedes symbolisierte Werk erhält sozial Tausendteile, wie ihm die Syndikatsleitung zubilligt, oder es sich unter Androhung freier Konkurrenz erträumt. Das Reich Heilbrunn bietet einen alten Banfals, die neu aufgenommenen Gewerkschaft Freisch Blick hat die Anteile der alten Werte neuer geschmiedet. Nach der letzten Abmachung sind die Tausendsteilanteile am Syndikatsabsatz wie folgt verteilt:

Der Bureauangestelltenverband steigerte im Jahre 1906 seine Mitgliederzahl von 703 auf 1 188, also um 485. Er hatte eine Gesamteinnahme von 9480,01 Mk., eine Gesamtausgabe von 4735,88 Mk., so daß der Kassenbestand, der sich Anfang 1906 auf 6500,17 Mk. belief, Ende 1906 4480,86 Mk. betrug.

Der Preisgehilfenverband verzeichnete im letzten Jahre eine Zunahme seines Mitgliedsbestandes um 493, denn er hatte am 31. Dez. 1906 1418, am gleichen Zeitpunkt 1908 1910 Mitglieder. Auch sein Klassenbestand stiegerte sich, und zwar von 7268 auf 10741 Mt.

Der Antimacherverband hatte Ende 1880 1289 Mitglieder gegen 1517 Ende 1886, er hatte somit im Jahre 1906 einen Zuwachs von 1286 Mitgliedern zu verzeichnen. Das Vermögen der Hauptkasse stieg im Laufe des letzten Jahres von 185834 Mk. auf 149894 Mk.

einer Zusammenstellung seiner Bauvorsteher 835 075 Mitglieder, 75 888 mehr als Ende 1905.

Der Schuhmacherverband nahm im letzten Jahre ebenfalls eine durchaus glückliche Entwicklung. Er hatte Ende 1905 28.541, Ende 1906 35.822 Mitglieder, hatte somit in 1906 eine Zunahme um 6770 Mitglieder erzielt. Das Verbandvermögen stieg im Laufe des letzten Jahres von 315.650 Mk. auf 389.058,69 Mk.

Der Kriographenverband schloß das Jahr 1906 mit einem Mitgliederbestand von 447 in 13 Filialen ab.

Die gewerkschaftliche Produktivgenossenschaft der Schneiderei in Aua, die vor einigen Jahren nach einem verloren gegangenen Streik mit Unterstützung des Schneiderverbandes und des Jäger Gewerkschaftsverbands gegründet wurde, erzielte 1903 38.000 Mk. Umsatz (1905 84.000 Mk.), einen Bruttogewinn von 7293,18 Mk. und einen Reingewinn von 1816,74 Mk.

Das Gewerkschaftshaus in Kraffturt a. M. hat im letzten Jahr unter dem Einfluß der Lebensmittelerhöhung wesentlich angründlicher gewirtschaftet als im Jahre 1905. Es erzielte nur einen Reingewinn von 2811,27 Mk., während im Jahre 1905 der Ueberschuß sich auf 12452,01 Mk. belieferte. Auch der Fremdenverkehr ist etwas zurückgegangen, und zwar von 29821 Uebereinschreibern im Jahre 1905 auf 28040 im Jahre 1906.

So muß es sein. Außergewöhnliche Opfer bringen gegenwärtig die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, um die Absicht der Holzlandstreifen, die Arbeiterorganisation laupfandständig zu machen, zu durchkreuzen. Der Holzarbeiterverband ist gegenwärtig in einer Reihe großer und schwerer Kämpfe verwickelt; außer der großen Aussperrung in Berlin bestehen solche noch in Kiel und Burg b. Magdeburg. Weitere Aussperrungen sind androht in Hannover, Düsseldorf und Köln. In anderen Orten, wie z. B. in Leipzig, Dresden, Götting und Guben, haben die Unternehmer die bestehenden Verträge gekündigt, offenbar zu dem Zwecke, die ihnen glänzend erscheinende Gelegenheit zur schmerzlichen Schädigung der bis auf den Tod gekochten gemeinnützlichen Organisation nach Möglichkeit auszunutzen. In dieser Zeit heftigsten Kampfes hat es nicht erst des Eingreifens und der Anregung des Verbandvorstandes bedurft, um die nicht von Aussperrungen betroffenen Mitglieder zu höherer finanziellen Leistungen zu bewegen, sondern freiwillig haben viele Zahlstellen ihre wichtigsten Beiträge bedeutend erhöht! So zahlte der z. B. 18000 Borkener Holzarbeiter, die in Arbeit geblieben sind, einen Wochenbeitrag von 1,20 Mk., die in Kiel von 1,75 Mk., die Hainfelder in Hamburg-Altona 1,20 Mk., viele andere 1 Mk. usw. Das ist ein bedeutendes Beispiel echter Arbeiter-solidarität; mit solchen Kämpfern wird die Schachfischgesellschaft im Holzgewerbe nicht fertig werden. Vergewahrte sich auch ein Arbeiter auf dieser Opferwilligkeit und Solidarität

Kapitalistenblätter agitieren für einen **Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein**. Die „Fischzeitung“ verheißt in einem Aufruf den **Hirsch-Duncker'schen Gewerbeverein der Fischer** und schreibt zum Schluß: „Alle Holzarbeiter, welche nicht gewillt sind, das laudimische Joch der freien Gewerkschaften auf sich zu nehmen, fordern wir auf zu Beitritt in den Gewerbeverein der Fischer und verwandten Berufsgenossen. Bureau: Berlin NO. 55, Weißspandauerstraße 221, 223.“ Wohlgekerkt: Diese Aufforderung bringt nicht das **Hirsch-Duncker'sche Fachblatt**, „Die Fische“, sondern die „Fischzeitung“, das Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der deutschen Fischknechte und Holzindustriellen. Eine Arbeitergewerkschaft soll Arbeiterinteressen vertreten. Wenn ein Unternehmerorgan in dieser Weise für eine Arbeiterorganisation agitiert, so kennzeichnet das die **Wach-Gewerkschaft** zu Genüge.

Die wirtschaftliche Lage und Organisationsverhältnisse der russischen Bergleute.

Die ganze Kulturwelt richtet ihre Blicke nach Rußland, wo durch die aufsteigende Regierungspolitik das Volk in die Revolution hineingetrieben worden ist, deren sichbarer Erfolg die Einrichtung einer Volksvertretung (die Duma) darstellt. Unsere Leser werden wohl es gern interessieren, auch einiges zu erfahren über die Lage der Bergleute in dem riesigen Zarenreiche. Rußland wird sich, wenn der Pann der oerlumpften Bureaucratie ganz gebrochen ist, zu einem der ersten Industrie-verbände entwickeln und zwar vorzüglich auf Grund seiner ungeheurerreichen Bodenschätze. Unserem österreichischen Bruderblatt, dem „Glück Auf“ wird über die russischen Bergarbeiterzustände geschrieben:

„Der Berg- und Hüttenbau ist nirgendso so zerstückt, wie es gerade in Rußland der Fall ist, und so ist auch die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter sehr verschieden. Die Bodenschätze sind in Rußland noch sehr wenig ausgenützt und da kann man auch die russischen Verhältnisse im Bergbau zu denen in Westeuropa nicht vergleichen. Der meiste Bergbau befindet sich in den Gouvernements Perm, Jekaterinoslaw, Transbaikalien, Irkutsk und noch einigen Orten. Am dichtesten und auch welche die meisten Berg- und Hüttenarbeiter beschäftigt, ist das Gouvernement Perm und Jekaterinoslaw, durch welche die Flüsse Ural und Nevoja fließen. In diesen beiden Gouvernements kann man unter den Bergarbeitern einen ganzen Mischmaß von Nationen finden. So Groß- und Kleinslaven, Baikalern, Permian, Permjaken, Tschupien, Tscherenissen, Kirgisen, Armenier und noch viele andere. Hier ist das Centrum der Montan- und Eisenindustrie. Neben 53 Hüttenwerken wird hier aus der Erde Gold (4830 Klg.), Salz, Silber, Platine, Edelmetalle, Erz und Koble geholt. Letztere ist im Gouvernement Perm verhältnismäßig wenig vorhanden. Im Jahre 1901 wurden 496 000 Tonnen gewonnen; dagegen werden im Gouvernement Jekaterinoslaw jährlich 3 900 000 Tonnen Koble gewonnen.“

Der Wert der Schätze, die in beiden Gouvernements von den Bergarbeitern aus der Erde gewonnen werden, beläuft sich jährlich auf 182 Millionen Rubel. Die Bedürfnislosigkeit der Landbevölkerung (nicht zuletzt die niedrige Kulturstufe der verschiedenen Völker) am Ural und in Sibirien, ihre traurige und in den meisten Gebieten sich ununterbrochen verschlechternde Lage, ermöglichte es den Kapitalisten (Bergbauunternehmern) selbst bei niedrigen Löhnen eine genügende Anzahl Arbeiter zu entwickeln, um aus der ländlichen Bevölkerung die erforderliche Zahl von Berg- und Hüttenarbeiter zu rekrutieren. Auf dem Lande, wo die Naturalwirtschaft erst von der Geldwirtschaft abgelöst wurde, erschienen die gebotenen Löhne hoch, in der Stadt mit ihrem teuren Leben schufen sie bald Unzufriedenheit und die Unmöglichkeit, die Verdienste in Entlohnung zu bringen selbst mit den höchsten Bedürfnissen. Zu Beginn des neunziger Jahre berechnete die amtliche Statistik den durchschnittlichen Lohn auf 16 Rubel (etwa 42 Kronen), so daß der Bergarbeiter, um seine Bedürfnisse mit ungefähr 1 Kr. 35 Heller täglich befriedigen mußte. In allen Ländern waren die Löhne der Bergarbeiter höher als in der Ruhe und dabei war die Arbeitszeit vielfach 14—16 Stunden täglich. Seitdem sind die Löhne freilich gestiegen, dank dem großen Streik im Jahre 1894—1895 in den Orten: Nijmjanek, Pamblogradsk, Bachunt, Alexandrowsk, Isfateriuburg und Newjere, so daß Ende 1900 der Durchschnittsverdienst des russischen Bergarbeiters 240 Rubel (ungefähr 575 Kronen) jährlich betrug. Die Löhne schwankten zwischen 170 (440 Kronen) bis 668 Rubel (etwa über 1800 Kronen). Die höchsten Löhne erhielten die Bergarbeiter in Newjanez (durchschnittlich 510 Rubel) am niedrigsten standen die Löhne in den Bergwerken von Bachunt (169 Rubel jährlich).

Christliche Gewerbevereine für Antisemitismus.

Die christlichen Gewerbevereine sind politisch neutral" — weil sie nur für das Zentrum und in letzter Zeit auch für die christlich-sozialistische Partei Propaganda machen. Zugunsten der jüdischen Interessen, jüdischeren Zeitung das „Reich" erläßt die Gewerbevereine einen Aufruf, in dem es heißt:

„Von Anfang an ist dieses Organ von der christlichen Gewerkschafts-
presse empfangen und unterstützt worden, aber leider nicht mit dem
Erfolg, der billig hätte erwartet werden können. Wie wir aus einer
der jüngsten Nummern des „Reich“ ersehen, befindet sich das Blatt in
Schwierigkeiten; lebhaft deshalb, weil die Zahl der Abonnenten in
Arbeiterkreisen nicht so groß geworden ist, als man erwartet hätte.
Das ist tief bedauerlich. Die christlichen Gewerkschaften legen großen
Wert darauf, daß „Das Reich“ nicht bloß bestehen bleibt, sondern sich
zu einer einflußreichen guten Zeitung entwickelt. Das wünschen ganz
besonders auch die katolischen Kollegen. Wir sind dem „Reich“ zu
großem Dank verpflichtet, daß es die Ideen der christlichen Gewerkschaften
und christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Kreise hineingetragen
hat, in die wir aus uns nie hätten hineinkommen können. „Das Reich“
hat die christlichen Gewerkschaften stets entschieden und mannhaft ver-
teidigt. Wir bedauern recht sehr, daß wir erst so spät Kenntnis von
der Lage des Blattes erlangt haben, sonst würden wir schon früher
energischer für dasselbe eingetreten sein. Nunmehr aber richten wir
einen lebhaften Appell an unsere evangelischen Gewerkschaftsmitglieder,
ihre treffliche Zeitschrift mehr als bisher durch Abonnement zu
unterstützen. Wir sehen ebenfalls als selbstverständlich voraus, daß
alle unsere christlichen Gewerkschaftsbeamten und
Sekretariate auf das „Reich“ abonnieren und nicht
bloß etwa ein Freieigenplaar sich schicken lassen“.

Offener kann man den Abonnentenfang für eine ausgesprochene Parteilogik nicht betreiben. Das „Reich“ ist ein mit verdummschenden Mitteln gegen die freien Gewerkschaften arbeitendes Schmutzblatt, das aber als Spezialität den Antisemitismus pflegt. Für diese antisemitische Hegelblat erlassen „christliche“ Gewertvereine eigene Agitationsaufrufe! Natürlich werden sie trotzdem behauptet „politisch neutral“ zu sein. In der „christlichen Golzarbeiter-Zeitung“ vom 3. März 1907 wird zu einem Hirsch-Dunkerschen Appell an die Mitglieder sich mehr mit den politischen Tagesfragen zu beschäftigen, bemerkt: „Mag das erst ein Zufall werden, wenn die Mannen der Hirsch-Dunkerschen Gewertvereine offiziell dem Juden-Liberalismus die Wahrung ihrer „heiligsten Güter“ übertragen. Doch haben wir dann erst recht allen Grund zur Annahme, daß die Hirsch-Dunkerschen Gewertvereine auch von der offiziellen Patronage keine Stärkung ihres Einflusses zu erhoffen haben.“

Wie sich die Agitation gegen den „Judenliberalismus“ mit politischer Neutralität vereinbaren läßt, ist nebenjächlich im Vergleich zu der Tatsache, daß christliche Gewerbevereinsorgane sich zum Antisemitismus bekennen. Man wird also wohl bald auch von „geistlich-antisemitischen Gewerbevereinen“ reden dürfen.

Zentrumskapitalisten und Arbeiterwohl.

In einer Diskussion mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten und Zigarrenfabrikanten Geyer teilte der „Korrespondent für Deutschland“ „Buchdrucker“ mit, Geyer zahle seinen Arbeitern und Arbeiterinnen auch nicht bessere Löhne wie andere Zigarrenfabrikanten. In einer späteren Nummer erklärte der „Korrespondent“, er mache Geyer nicht den Vorwurf der Arbeiterausbeutung, sondern habe nur konstatieren wollen, daß auch Geyer, der den neuen Buchdruckerlohn als ungenügend kritisierte, sich den Verhältnissen anpassen müsse. Natürlich war der Korrespondentartikeln kein gefundenes Fressen für die M.-Gladbacher. Frühdem hielten sie Geyer als einen der „schlimmsten Ausbeuter“ hin, was notabene der „Korrespondent“ nicht getan hatte, und aus dem so konstruierten Fall wollten sie — die „sozialdemokratischen Arbeiterfeindlichkeit“ nachweisen. Wenn diese Methode richtig ist, wozu mir sie auch anwenden und konstatieren: Es gibt keine arbeiterfeindlichere Partei als die des Zentrums, denn in den Druckerzeten des Zentrumszeitungen bestehen die meisten tarifwidrigen Zustände! Es gibt keine arbeiterfeindlicher Partei wie das Zentrum, denn die dem Zentrum angehörenden oberstehenden Beizen- und Hüttenbesitzer zogen ihre Arbeiter in der längsten Schichtzeit aus und zahlten viel schlechtere Löhne wie die Werkschreiner anderer Bezirke, hatten sie an der Ausnutzung der Frauenarbeit, die in anderen Bezirken längst abgeschafft ist, oben an! Und am besten ist die Zentrumspartei, die Partei der M.-Glabacher, am arbeiterfeindlichsten.

Der Bauhilfsarbeiterverband hat sich im letzten Jahre außerordentlich günstig entwickelt. Er zählte Ende 1905 55.447, Ende 1906 89.525 Mitglieder, hatte somit im Jahre 1906 eine Zunahme um 28 07

Die preussischen Bergarbeiterlöhne

sollen nach der Versicherung der Werkspreffe seit Jahresfrist ganz bedeutend erhöht worden sein. Der „Niedelsangerler“ veröffentlicht nun die im Jahre 1906 von den Vergleuten Preussens erzielten Abhuc. Wir veröffentlichen vorläufig die Tabelle, stellen zum Vergleich die Abhuc pro 1905 daneben. Der Vergleich ergibt, daß die Werkspreffe unverändert schwindet, als sie im Oktober v. J. behauptete, die von der Vergarbeter schuld geforderte 15prozentige Lohnerhöhung sei schon eingetrofen.

	Verdienste Eöhne pro Schicht	Steigerung im 1906 gegen das Vorjahr in Prozent	
	1905	1906	
Steinkohlenbergbau			
in Oberschlesien	8,08	8,28	4,87
in Niederschlesien	2,14	3,05	8,74
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	4,08	4,87	8,48
Saarbrücker Staatswerke	8,80	8,88	2,10
bei Waghener	4,08	4,41	8,09
Braunkohlenbergbau			
im Oberbergamtsbezirk Halle . .	8,15	8,85	8,85
Lüntorfheinscher „ „	8,88	8,70	9,47
Salzbergbau			
im Oberbergamtsbezirk Halle . .	8,60	8,78	2,44
„ „ Clautenthal	8,69	8,88	4,60
Erzbergbau			
in Mansfeld	8,28	8,42	5,88
im Oberharz	2,50	2,08	5,20
in Siegen und Nassau	3,18	3,09	16,93
sonstiger rechtsrheinischer . . .	8,00	8,88	12,00
Lüntorfheinscher „ „	2,59	2,76	6,56

Betriebsergebnisse und Wertüberschüsse.

**Königsborn, Wittleng-Gesellschaft für Bergbau, Salinen- und
Solbadbetrieb, Anna-Königsborn.** In der am 16. März statt-
gefundenen ordentlichen Generalversammlung vertraten 52 Aktionäre
277 Stimmen. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Hilgenberg aus Esse-
n. In seiner Eröffnung des Vorsitzenden Willy Blauf. Kommerzienrat Hilgenberg
führte aus: Der Absicht der Gesellschaft sei außer
ordentlich glänzend, die Bilanz sei flüssig und die
finanzielle Lage der Gesellschaft günstig. Die Ver-
sammlung genehmigte alsdann einstimmig Geschäftsbericht und Bilanz
für die ablaufende, wie vorgeschlagen, auf 12 Proz.
sofort zahlbar, fest und erteilte dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung.
Auf Anfrage teilte der Generaldirektor Esser über die augenblickliche
Geschäftslage noch mit, daß in den ersten zwei Monaten dieses Jahres
70000 Mk. mehr verdient worden seien als in derselben Zeit des Vor-
jahres. Ueber die voraussichtliche weitere Gestaltung des Marktes könne
er nicht mehr sagen, als bereits im Geschäftsbericht geschehen ist. Wie
fest sei in der Lage des Marktes noch keine Veränderung eingetreten.
Die Gesellschaft habe bis jetzt noch nicht die Wahrnehmung machen können, daß sie
irgend etwas verschlechtert habe. Die Gesellschaft sei in ihren Betrieben
enorm angespannt und man könne auch für das laufende Jahr auf ein
sehr günstiges Resultat rechnen.

Bergwerksgesellschaft Gibernia Serne. Der Aufsichtsrath beauftragt, aus dem nach Absehung von 880 120 Mtl. (1. B. 881 680 Mtl.) für Anfelbeginns und 4 501 625 Mtl. (3 101 210 Mtl.) Abschreibungen verbleibenden Gewinn, eine Dividende von 14 Proz. (11 Proz.) und zwar auf 53,5 Millionen Mark alte Aktien und auf 2 850 000 Mtl. (erst- und zweite Eingahlung) von 6,5 Millionen Mark Aktien (Ausgabe für 1904) für ein volles Jahr und auf 1 625 000 Mtl. (dritte Eingahlung an vorgenannte junge Aktien) für ein halbes Jahr.

Sechshundertvierundvierzig Mark Reingewinn pro Arbeiter
Die Urenbergische Aktiengesellschaft erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 8620 1/2 Mk. gegen 2857 3/8 Mk. im Vorjahre. Einen Vergleich der beiden letzten Jahre ergeben sich folgende Resultate:

	1905	1906
Arbeiterzahl	5 197	5 766
Rohgewinn überhaupt	Mrk. 3 803 028	5 040 591
Reinigung	2 857 358	3 520 176
Rohgewinn pro Kopf der Arbeiter	743	822
Reinigung	550	644

Jeder Arbeiter hat 644 Mt. Reingewinn erbracht, trotzdem jammert man über Lohnsteigerungen und Begehrlichkeit der Lohnforderer.

Die „Eutracht“, Braunkohlenwerke und Zellulosefabriken
wiesen pro 1906 einen Ertrag in Höhe von 2748000 Mk. (1905: 2038000
Mk.) aus. Der Reingewinn beträgt 1587000 Mk., im Vorjahre
1083000 Mk. Die Dividende beläuft sich mit 20 Proz. zur Verteilung.

Das Kallwerk Thiederhaff sagt in seinem Geschäftsberichte: Der Betriebsergebnis der Gesellschaft ist mit 808 248 Mk. um 48 176 M. kleiner als 1905. Die Beteiligung bei Salzdetfurth brachte 40 400 Mk. gleich 14 Prozent Dividende.

Internationale Unternehmer-Erfolddarität. Folgendes Schreiben dem Arbeitgeber-Schutzverbande der Deutschen Tischlermeister und -industriellen in Berlin zugestellt:

„Schweizerischer Schreinermeister- und Möbelfabrikanten-Verein
Zentral-Vorstand.“

Ungern, 11. Februar 1907.
Sehr geehrte Herren Kollegen!

„Glauben Sie geehrte Herren Kollegen, daß wir Ihnen im Namen unseres Schweizerischen Schreinermeister- und Möbelfabrikanten-Vereins die vollste Sympathie bezeugen für das schneidende Vorgehen gegen die ungerechten und immer drückender werdenden Ansprüche der Arbeiter.“

Die Tatsache der Aussperrung der Berliner Holzindustriellen Arbeiter bildet einen Markstein in der Geschichte der Sozialpolitik und verdient die weiteste Beachtung.

Will dem Wunsche, das schöne Beispiel der Harmonie, der Kollegialität, das sie uns gegeben, möge auch bei uns seine Früchte zeitigen, zeichnen in aller Sachdeutung.

Der Präsident: Ferdinand Görz
Der Sekretär: Bücher Fürst

Aktive kommen aber nicht zur tatsächlichen Auszahlung, sie werden durch ganz außerordentlich hohe Geldstrafen, durch eine fiktive Auszahlung der Löhne (monatlich), die die Arbeiter zwingt, in den Löhnen der Vergewaltigten auf Kredit Waren zu bezahlen und durch mangelnde sonstige Formen des Trustsystems vermindert. Es wurde berechnet, daß die Bergarbeiter in den Vergewaltigten die Waren nicht nur in schlechter Qualität, sondern auch um 25 Prozent teurer kaufen müssen, als es ihnen sonst in Geschäften mit normalen Preisen möglich wäre. Zum Teil sind diese Mißstände freilich durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung und ihr gesteigertes Selbstbewußtsein, durch Streiks usw. erheblich vermindert worden, an einzelnen Orten, wie Wagnitz, Jekaterinburg und anderen bestehen sie noch heute. Zum Teil gelang es auch den Bergarbeitern, so in Nowosibirsk, Pawlograd usw., sich durch die Gründung von Konsumvereinen den raffinierten Ausbeutungsmaßnahmen ihrer Unternehmer zu entziehen. Dank der großen Streikbewegung im Jahre 1906 (88 000 streikende Bergarbeiter) mußte sich die russische Regierung dazu bequemen, durch ein Gesetz den zehntägigen Arbeitslohn im Bergbau einzuführen. Weiter wurden Bergwerksinspektorate errichtet, wie sich jedoch bald herausstellte, zum Schutze der Unternehmer und zur Verhütung von Unruhen und Streiks. Auch auf dem Gebiete der Bergarbeitergesetzgebung versuchte die Regierung etwas zu tun. Sie ist aber aus den Rückschritten dabei nicht herausgekommen, das beweist die große Zahl der Unfälle. Nach der amtlichen Statistik von 1900 kamen auf je 100 Bergarbeiter 8,8 Streikunfälle, die mit (von 100) 4 Prozent mit dem Tode endeten. Als die Regierung gewahr wurde, daß die revolutionäre Bewegung auch unter den Bergarbeitern, trotz der Strenge, sich verbreitet, gründete man, um die Bergarbeiter von den politischen Ideen abzuhalten, christliche Gewerkschaften, die unter dem Protektorate der Polizei standen und versuchten, man durch Vorträge den wirtschaftlichen Kampf als den nützlichsten und besten für die Bergarbeiter darzustellen, um dieselben von revolutionären Propaganda zu entfernen. Die Hoffnungen der Regierung gingen alle fehl; zwar haben diese Polizeigewerkschaften die anfängliche Mitgliederzahl von 12 700, aber schon bei den Streiks im Jahre 1906 verlor die Regierung, wie überall, so auch bei den Bergarbeitern, die Führung und das Vertrauen. Zu spät sah die Regierung, wie die Verbände, die gegen den wahren Sozialismus gegründet wurden, immer mehr sozialistisch wurden und sie löste Mitte Juli 1906 diese von ihr gegründeten Verbände auf. Es kam eine schismatische Bewegung der Bergarbeiterbewegung. Als durch die wirtschaftliche Krise die Bergwerksunternehmer im Gouvernement Perm und Jekaterinburg die Löhne herabzusetzen versuchten, brachen überall Streiks aus und die Regierung versuchte, dieselben im Wege zu erzwingen. Über 1700 Verhaftungen wurden in den Streikgebieten vorgenommen. Bei den Unruhen in Nowosibirsk wurden 184 Bergarbeiter erschossen, über 400, darunter auch Frauen, verwundet. Wegen 800 Schlägen man nach Sibirien. Die Regierung tat alles Mögliche — die Bergarbeiter blieben jedoch Sieger.

Eine bessere Zeit für die Bergarbeiterbewegung kam nach der Proklamierung des Manifestes im Oktober 1905! Eigentlich wurden überall gewerkschaftliche Bergarbeitervereine gegründet, eifrig das Klassenbewußtsein verbreitet, und durch die Organisation wurde in kurzer Zeit viel geleistet. So wurde fast überall die Verkürzung der Arbeitszeit erzielt, Anerkennung des 1. Mai als Feiertag, Abschaffung der Frauenarbeit und anderes mehr. Nicht lange dauerte dieses Blühen der Organisation. Schon im Juli 1906 wurden alle diese Verbände aufgelöst, die Vertrauensmänner verhaftet usw. Bei der Auflösung hatte der Bergarbeiterverband in Nowosibirsk 2960, Jekaterinburg 700, Pawlograd 860, Alexandrowsk 820, Jekaterinburg-Stadt 580 Mitglieder. Jedoch nicht lange sollte die Regierung freien. Kurze Zeit danach wurden neue Vereine gegründet und wenn sie auch nach außen ohne Streikunterstützung, sondern nur als Krankenunterstützungsstellen existierten, so wird doch in denselben das Klassenbewußtsein und die Solidarität unter den Bergarbeitern Rußlands gepflegt.

Diese Vereine, so viel ich feststellen konnte, haben zusammen gegen 9000 Mitglieder. Eine Berg-Zeitung haben gegenwärtig die russischen Bergarbeiter nicht, da sie ihre ganze Kraft und Agitation auf politischem Gebiet entfalten.

Diese wenigen Daten lehren uns auf das Eindringlichste, wie berechtigt die tiefe Unzufriedenheit der russischen Bergarbeiter auch in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen ist und wie begreiflich ihr Anteil an der revolutionären Bewegung erscheinen muß.

Zusammenfassung der belgischen Gewerkschafts-Organisationen. In Belgien hat es bisher an einer lebensfähigen Zentrale der gewerkschaftlichen Verbände gemangelt. Die meisten Gewerkschaften sind seit ihrem Bestehen organisch mit der sozialdemokratischen Partei Belgiens verbunden. Eine andere Gewerkschaftsgruppe, die sehr leistungsfähige Gewerkschaft der Diamantarbeiter Antwerpens den Ton angibt, bekennt sich zu einer mehr parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsaktion. Es fand nun kürzlich eine Sitzung der vom letzten Gewerkschaftskongress zum Studium dieser Fragen eingesetzten Kommission statt. Die Diamantarbeiter waren nicht vertreten, sie teilten mit, sich der Zentralkommission nicht anzuschließen, sondern mit anderen Gruppen (z. B. die Gewerkschaften von Verdiers) eine neutrale Gewerkschaftszentrale schaffen zu wollen. Die Kommission beschloß trotzdem unter dem Namen: „Gewerkschafts-Kommission der belgischen Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften“ eine Zentrale zu schaffen. Im dem Statut wird gesagt: „Die Gewerkschaftskommission hat den Zweck, bei den Arbeitern beiderlei Geschlechts das Gefühl der Solidarität zu wecken und zu entwickeln, um so die ökonomische und intellektuelle Befreiung der Arbeiter auf der Basis des Klassenkampfes herbeizuführen.“ Die Gewerkschaftskommission hat die Gründung von Gewerkschaften zu fördern in denjenigen Berufen, wo solche noch nicht bestehen. Sie hat die Aktionen der bestehenden Gewerkschaften zu vereinnahmen und zu versuchen, dieselben national und international mit den Gruppen gleicher oder verwandter Berufe in Verbindung zu bringen. Einzelne Gewerkschaften, die noch nicht zu einem Verband zusammengeschlossen sind, hat die Kommission möglichst zu vereinnahmen. Sie hat die ganze belgische Gewerkschaftsbewegung, soweit diese die aufgestellten Prinzipien anerkennt, zu zentralisieren. Sie schließt sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung an, deren belgische Sektion sie bildet. Bei Streikbewegungen und sonstigen Aktionen zur Erreichung besserer Löhne- und Arbeitsbedingungen hat die Gewerkschaftskommission leitend und helfend eingzugreifen, wo sie es für notwendig erachtet. Sie organisiert die Sammlungen zu Unterstützung der Gewerkschaften im Kampfe und fördert die Gründung von Unterstützungsstellen und Kampffonds in den respektiven Gewerkschaften. Sie veranstaltet statistische Erhebungen und hat diese zu veröffentlichen. Sie kontrolliert die Durchführung der Arbeitergesetze und sucht diese weiter zu fördern. Bei ausbrechenden Konflikten zwischen den angeschlossenen Gewerkschaften hat sie Vermittlung einzusetzen. Sie gibt ein periodisches Organ („Korrespondenzblatt“) heraus, ferner eventuelle Agitationsprojekte und Bücher. Ueber die Zusammenfassung der Kommission wurde beschlossen, daß sie aus den Vertretern der Zentralverbände und den angestellten Sekretären besteht, ferner hinzugezogen zwei Vertreter des Parteivorstandes und zwei Vertreter der neutralen Gewerkschaften. Hierfür wird in namentlicher Abstimmung mit 67 gegen drei Stimmen beschlossen, daß in Zukunft die angeschlossenen Gewerkschaften 10 Centimes pro Mitglied und Jahr an die Kommission abzuführen haben. Bis jetzt waren nur 5 Centimes abgeführt worden. Beschlüssen wurde, eine Herausgeber-Kommission in die Wege zu leiten und vorher Erhebungen über Arbeitslöhne und -bedingungen in der Hausindustrie anzustellen.

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Constanin I und II. In der ganzen Schicht bei euch bleiben, und ziehen, was zu ziehen ist, so sagt Steiger Franzel zu einer Kameradschaft, die ein besseres Gedinge verlangt, da der Steiger ein Gedinge von 90 Pfennig verdienen wollte, indem er meinte, daß vor dieser Arbeit ganz gut 20 Pfennig Kohle geliefert werden könnten, obwohl die Kameraden bei allem Schuften nur 18 Pfennig heraus konnten. Nun kam an anderen Morgen um 9 Uhr man auch richtig der Steiger, der sich sonst dieses tagelang nicht sehen läßt, an, er kommt sogar auf die Fabrikstrasse, um zu sehen, wie es im Bau gehe, wenn er dabei bleibt. Jetzt ging aber die Antzeiber los, das Leben der Arbeiter häßte ihm zu lange, auch ging ihm das Aussehen der Arbeiter nicht recht genug. Der Steiger meinte sogar, daß er eine 84 Jahre alte Grubenarbeiterin, die besser aussähe als der betreffende Arbeiter, Donnemeyer, mag das aber eine Kasse sein, von der Herr Franzel immer, allen Respekt vor solchen Empfindungen. Doch hätte der Herr, wie er richtig zeigen zu können, daß nicht die Arbeiter, sondern die Grubenarbeiter, die den Steiger, daß der Steiger schon darauf laute,

hoch halten alle Kunststücke nichts, der Herr Steiger konnte die gewünschte Zahl von 25 Pfennig nicht aufweisen, sondern nur 23, obwohl vom Tag vorher 10 bis 14 Pfennig liegen geblieben waren. Soffentlich ist jetzt Herr Franzel befreit und schüttet das Gedinge.

Constanin der Große, Schacht IV. Ueberhand wänsche haben wie der Verwaltung zu unterbreiten, so dürften die Tischen am Schacht hinweggenommen werden, so daß die Kameraden der Morgenschicht mit denen der Mittagschicht, wenn diese anfahren, sprechen können. Dann müßten wir den Herrn Betriebsführer ersuchen, sich mehr im Reibler setzen zu lassen, damit die Leute mit ihm und nicht mit dem Steiger das Gedinge machen können. Das Gedinge dürfte auch aus dem Lohnbuch verschwinden, dann bei einem Lohn von 8,81 Mk. gehen immer noch 80 Pf. Gedinge ab und hat man dann ganze 4,71 Mk. verdient. Ferner möge die Verwaltung, die über die Verleumdung verhängten Strafen auch veröffentlichen, damit auch allen Kameraden die Gesamtstrafsumme bekannt wird.

Jede Dammensbaum Schacht II. „Die Maschtaue gleicht eher einem Schweinefall als sonst was.“ Ist man vielfach die Kameraden sagen. Und so ganz unrichtig haben sie nicht. Im zweiten Stockwerk liegt der Dreck auf dem Fußboden oftmals mehrere Zoll hoch. Den Arbeitern ist es bitter nicht möglich, wenn sie sich waschen haben, ein kleines Wäschen zu finden, wo sie sich abtrocknen und ihre reinen Kleider anziehen können. Das Ungeheuer (Materialien) nimmt so überhand, daß es zu einer wirklichen Plage geworden ist. Die Kameraden müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie nicht täglich von diesen „Lieben Tieren“ welche mit in ihre Wohnung schleppen sollen. Was aber allem die Krone aufsetzt, ist, daß die Verwaltung es noch nicht für nötig befunden hat, sogenannte Aufzugskäben, an welchen die Arbeiter ihre Kleider aufhängen können, einzuführen. Es herrscht hier noch das alte Mantelstock- und Drahtgabelsystem. Daß bei einer derartigen Einrichtung den Spinnweben Vorschub geleistet wird, ist etwas selbstverständliches. So gibt man vielfach Klagen, daß diese Stellen dazu beitragen, daß die Verwaltung genannter. Jede den Wünschen der Belegschaft gerecht wird und dafür sorgt, daß die gefährlichen Mißstände beseitigt werden, denn so viel wird von den Verhältnissen der Deutschen Bergmännischen Aktiengesellschaft noch wohl übrig sein, daß sie ihren Arbeitern, eine der Neuzeit entsprechende Maschtaue einrichten kann. Den Kameraden von Dammensbaum II aber rufen wir zu, organisiert euch, tretet ein in die kämpfenden Reihen eurer Brüder und schließt euch dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an. Denn nur durch eine starke Organisation sind wir im Stande, unseren Wünschen und Forderungen Achtung zu verschaffen und nicht mit der geballten Faust in der Tasche.

Jede Deutscher Kaiser, Schacht II. Haben hier die bergpolitischen Verordnungen keine Gültigkeit? So fragt man sich unwillkürlich, wenn man sieht, daß ein Fahrhauer von 11 Schicht einem Schiefmeister zu befehlen von dem Maschinenzug, der in voller Fahrt war, einen Wagen abzuheben. Der Schiefmeister Graf soll sich aber nach Mitteilungen von Kameraden geweigert haben, diesem un sinnigen Befehl nachzukommen und wurde dafür mit 1 Mk. an den Pranger gestellt. Der Befehl beschränkte sich nun beim Fahrhauer von 11 über die ungerichte Strafe, doch dieser meinte, nach seiner Ansicht habe er 11 Recht. Wir sind natürlich ganz anderer Ansicht, der Mann hatte Recht sich zu weigern, gegen bergpolitische Anordnungen zu verstoßen und es ist wirklich schon das höchste, ihn da noch mit 1 Mk. zu bestrafen. Möge die Verwaltung baldigt sehen, daß Remede eintritt.

Jede vereinigte Friedliche Nachbar. Schon öfters wurde in der „Bergarbeiter-Zeitung“ Klage geführt über die famose Seilschneiderei. Die Leute, welche mit dem ersten Korb einfallen, kommen vielfach erst mit dem dritten oder vierten Korb heraus. Seit Aufschlag beginnt die Seilschneiderei für die Mittagschicht halb 2 Uhr und des abends um 10 Uhr. Die Seilschneiderei von der vierten und fünften Sohle wird mit einem Korbe bewerkstelligt und so kommt es, daß fast zehn Minuten vergehen, bis der einzelne Korb wieder abkommt. Es wird auch nicht lange mehr dauern, dann läßt sich jeder Arbeiter von seinem Steiger einen Schein für den ersten Korb schreiben und wir haben dann eine Fahrkartenkontrolle nicht mehr nötig. Aus diesem Grunde ist es in letzter Zeit mehrmals vorgekommen, daß das Füllort an Schacht von den ausfallenden Arbeitern gestrichelt worden ist. Des abends kommt der erste Korb fast vollbesetzt von der sechsten Sohle zur vierten Sohle und geht dann gleich von hier zur dritten Sohle, wo die Herren Seilschneiderei und sonstige Freiwillige, welche erst viertel vor 8 Uhr einfallen, gestohlet werden. Wir erwarten von der neuen Betriebsleitung, daß sie hierin mal ordentlich Remede schafft, denn sie tritt in jeder anderen Hinsicht sehr schnell auf.

Jede General Blumenthal. Hier findet laut Anschlag die Seilschneiderei des Morgens von 5½ bis 6 Uhr statt. Am 18. März hatte jedoch der Herr Betriebsführer dem Lampenausgeber befohlen, nur bis 18 Minuten vor 6 Uhr Lampen auszugeben. Die Folge hiervon war, daß 50 Kameraden keine Lampe mehr erhielten und darum nicht aufahren konnten. Als die Kameraden beim Betriebsführer vorstellig wurden, erklärte dieser, daß die fragliche Anordnung nur der Werbetreiber wegen getroffen sei, weil sich diese immer bis kurz vor 6 Uhr in der Maschtaue herumdrückten; daß es jetzt gerade hauer wären, die nicht mehr anfahren könnten, täte ihm selber leid, indessen wäre nichts mehr daran zu ändern, da es inzwischen wirklich zu spät zur Ansahrt geworden sei. Schließlich gab er den Kameraden den Rat, über Tage zu bleiben und in der Halbe Kohlen zu laden, wofür sie 5 Mark Schichtlohn erhalten sollten. Da es schlechtes Wetter war und sie in der Grube auch mehr verdienen konnten wie 5 Mark, weigerten sich die Kameraden unter Hinweis auf den Lohnverlust und die dünne Grubenkleidung über Tage zu arbeiten. Der Betriebsführer entgegnete jedoch: Handeln lasse ich mich nicht, wenn's nicht paßt, mag nach Hause gehen. Dieser Rat befolgten die Kameraden denn auch, haben dadurch aber auch den Verlust des Schichtlohnes zu beklagen. Uebrigens wollen die Betroffenen den Lohnverlust nicht so ohne weiteres hinnehmen und nötigenfalls ihr Schichtlohn am Berggewerbegericht einlagen. Die Bergarbeiter mögen solche Vorkommnisse aber anregen, darüber nachzudenken, wenn jetzt zurzeit der Hochkonjunktur schon so mit den Arbeitern verfahren wird, wie dann erst mit ihnen gespielt werden wird, wenn die Krise eintritt. Und das sollte sie veranlassen, sich samt und sonderb dem Verbands anzuschließen, damit sie gerüstet sind, wenn schlechtere Zeiten kommen und nicht jede Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt, ruhig hinnehmen müssen.

Hannover, Braunschweig, Oester-Elbe.

Kalischbergwerk Dreifeldschacht. In einem miserablen Zustand sind hier die Förderwagen. Zweidrittel davon sind so schlecht im Schuh, daß es bald unmöglich ist, sie fortzubewegen. Oefters werden sie zur Reparatur herausgeschickt, aber gemacht wird nichts daran. Es werden nun auf die Seite geschmissen, doch wenn der Betriebsführer kommt, heißt es, schmiert sie doch, dann werden sie schon besser laufen. Aber wo soll man sie denn schmiern, es ist ja keine Vorrichtung dazu. Die Belegschaft ist 200 Mann stark und stehen in der Maschtaue gerade 14 Waggons für die ganze Mannschafft. Es ist deshalb beim Schichtwechsel ein furchtbares Gedränge, ein jeder will sich zuerst waschen, um nach Hause zu kommen, da es eine kleine Ewigkeit dauert, wenn man einer von den letzten ist und ein Kamerad immer erst warten muß, bis sich der andere gewaschen hat. Auch scheinen die Herren Beamten sehr schnell zu sein und besonders wollen sie, daß man ihnen mit Ehrerbietung begegnet. Wer diese Herren aus Versehen oder bei großer Aufregung nicht grüßt, dem wird mit Entlassung gedroht. Der neue Schiefmeister konnte sich etwas besser im Geduldslied üben, damit man am 15. nicht bis 5 Uhr stehen muß. Da hat kein Geldschwerver zu ein rascheres Tempo. Auf daß auch unsere Wünsche etwas schneller erledigt werden, rufen wir allen Kameraden zu, helfe Mitglieder zu gewinnen, damit der Verband stark und mächtig wird.

Stadt-Desdemona. Der Lohn wird reduziert, dafür kann man Ueberhörsichten machen. Was doch unlangst, als die Löhne verringert waren, ein Anschlag zu lesen, daß wer Ueberhörsichten verfahren wolle, sich auf der Steigerstrasse melden könne. Es ist der reinste Hohn auf die Bergarbeiterschaft, wer mit dem Lohn, den er in gewöhnlichen Schichten verdient, nicht auskommen kann, wer dabei mit seiner Familie Hunger leidet, darf seinen geschwächten Körper noch zu Ueberhörsichten in die Grube tragen, um für den Kapitalismus immer mehr herauszuschaffen. Die lange wird sich die Arbeiterkraft dies noch bieten lassen und zur Freude des Unternehmertums noch Ueberhörsichten verfahren. Sehen wir uns andere Arbeiter an, von Jahr zu Jahr verringern sie durch ihre Einigkeit höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, nur bei dem Kalischbergmann magt man es, ihn den Lohn zu reduzieren und ihn dadurch, wenn er seine Familie ernähren will, zu Ueberhörsichten zu treiben. Wenn jeder Mannschafft besitzend ist, dann ist es in Schichten über 800 Meter nicht möglich, so zu bewerten, wie es im Industrie-ber Schicht der Bergarbeiter nötig wäre, so müßten es doch die

Kameraden, welche die Löhne des Bergarbeiterberufes am eigenen Leibe spüren, erst recht einsehen. Daß nicht die Maßstäbe, die man euch gibt, unbesorgt, vereinnahmt euch, hinweg mit Ueber- und Ueberhörsichten, zeigt den Ueberhörsichten, daß ihr es leid seid, noch in Ueberhörsichten bei kleinen Löhnen ihnen die Geldsäcke immer voller zu machen. Öffnet eure Ohren, ehe es zu spät ist; schon hört man von Kalischberg, Steigergerichte durchschneiden die Luft. Womöglich, vereinnahmt euch, ehe die schlechte Zeit herankommt, auf daß ihr dann dem Unternehmertum gegenüber gerechtfertigt und nicht von ihm dann nach Belieben geprügelt und ausgelassen werden könnt. Einem in den Verband, der unsere Lösung, die unausgeklärten Befehle, Licht in die Röhre der Ueberhörsichten gebracht. In die Arbeit, den Verband gestärkt, jeder sei ein Agitator, alle müssen mitwirken, das Los der Bergarbeiterschaft zu verbessern.

Kalischbergwerk Dreifeldschacht (Eime). Die Betriebsführung ist nicht ganz von Schuld freizusprechen an dem Unglücksfall, der sich am 18. März hier zutrug. In dem Durchbruch des Pfeilers zwischen Stütz 12 und 18 waren der Bauer A. S. und Verhauer S. W. damit beschäftigt, die Sohle nachzureiben. Unter diesem Pfeiler befindet sich ein Gefälle, wo sich die Kameraden zum Frühstück hingesezt hatten, als die Schiffe in dem Durchbruch abgefallen wurden. Die Schiffe durchdrachen den Stütz über dem Gefälle und verwundeten den Kameraden Peter W u s h a t e so schwer, daß er nach Hildesheim ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch der Kamerad K l e m m e erlitt schwere Verletzungen, während der Kamerad F. W a r t e l s mit leichteren Verletzungen an Kopf und Hand davon kam. Das Unglück wäre noch schlimmer geworden, wenn zwei Kameraden nicht gerade ausgetreten wären, aber wenn die Risten, in denen das Dynamit aufbewahrt wird, getroffen worden wären. Die Betriebsleitung mußte doch wissen, wie stark die Decke zwischen dem Durchbruch und Gefälle war und war hier doppelte Vorsicht geboten, indem die Decke schon durch eine Kasse, die hier steht, geschwächt war, die das Gefälle aus dem Gefälle herbeirte. Es dürfte auch sonst noch allerdaher hier vorkommen, was der Aufmerksamkeit eines Bergarbeiterbeamten würdig wäre. So herrscht im Stütz eine Temperatur, die gewiß 80 Grad über dem Nullpunkt, der Dampf zieht die ganze Schicht nicht ab. Ebenso fehlt öfter Holz zum Verdrücken. Wenn nicht dafür gesorgt wird, daß Kohlen genug sind, kann es leicht vorkommen, daß man von noch mehr Unfällen auf diesem Werk vernehmen. Es wäre besser, hier Remede zu schaffen, als immer den kassenbewussten Arbeitern Steine in den Weg zu legen. Man scheint es schon satt zu sein, Leute zu beschäftigen, denen man bei der Arbeit doch bezeugen muß, daß ihre Führung gut war. Nun, auch dieses wird sich mit der Zeit ändern, wenn wir alle unsere Schuldigkeit tun und den Verband stärken und kräftigen.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Einsiedelsche Braunkohlenwerke. Die Getten Anden sich. Bis vor kurzem verpackten sich die Bergarbeiter von diesem Werk sehr viel. Dieses Werk hatte einen Aulast von Arbeitskräften, da beim Streiktreiben für Bauer 450, für Verhauer 400 Mk., für Schlepper 380 Mk. pro Schicht gezahlt wurden. Die Organisation war im Tiefbau aufzuleben, denn die Kameraden, die ihr Heil hier versuchten wollten, gehörten zum großen Teil dem Verbande bereits an. Das Auffahren der Strecken wurde später im Gedinge vergeben und zwar pro Meter 6,50 Mk. Da es auch innerhalb der Arbeiterschaft noch Streife gibt, welche glauben, je mehr man leidet, desto mehr würde verdient, so war unser Direktor gar nicht faul, die Kumpel eines besseren zu belehren, man zahlte einfach nur noch 6,00 Mk. pro Meter. Das Metergedinge war gemeinsam und damit die Leute nicht allzu eintig wurden beim gemeinsamen Gedinge, so steckte man einen recht arbeitervreundlichen Unternehmercharakter heraus. Am Sonntag wurde alles aus einer Blöcke geschmiedet, ob einer sechs Schichten oder weniger verfahren hatte, das war Schuppe, der Lohn war einfach gleich. Der eiliche Schichten gepocht hatte, hatte am Sonntag genau soviel Geld imbeutel als der, welcher volle sechs Schichten verfahren hatte. Daß unter diesen Umständen Arbeiter einfallen müssen, ist klar; so dachte auch unser Herr Direktor. Mit ziemlicher Ruhe meinte er, wenn der Lohn nach den verfahrenen Schichten berechnet und ausbezahlt werden sollte, so müßte er extra einen Beamten anstellen. Doch man kann hier auch anders. Man führt einfach das getrennte Waggengedinge ein — pro Wagen 32 Pf. Die Kameraden anderer Gruben werden, wenn sie das lesen, die Finger danach lecken. Doch werden sie erst einmal hier arbeiten, dann werden sie sagen, hier müssen 40 Pf. gezahlt werden. Alle ein paar Pf. gibt es noch 25 Pf. für Matkeleien und Schichten. Sonst werden keine Nebenarbeiten bezahlt. Das getrennte Gedinge führt auch hier zum Mißsystem. Während im allgemeinen 20 Wagen pro Arbeit geliefert wurden, so kommen Elemente und liefern jetzt 80 Wagen. Die Bergbehörde möchte hier einmal nachsehen, ob die Wägle die bergpolitischen Vorschriften einhalten? Unsere so sehr geprüelte Lohnsteigerung in letzter Zeit sieht ungefähr folgendermaßen aus. Der Bauer verdiente anfangs 4,50, später beim Metergedinge 5,00 Mk. und seit anfangs Februar 5,50 Mk. Die Wöhne der übrigen Kameraden weichen etwas nach unten. Ein Schlepper verdiente in sieben Schichten ganze 15 Mk. Das so herrlich im Wald gelegene Einsiedelsche Braunkohlenwerk leidet zur Zeit an einer kolossalen Arbeiterflucht. Man glaubte anfangs, die Kumpel beschäftigten ihre kranken Buben auf dem Wege zu und von der Grube auszuhelfen, doch hat man sich getäuscht; bevor der Monatsmonat Mai kommt, flieht man hier: „Verlassen, verlassen, verlassen bin ich.“ Nicht einmal die in Breslau aus den Bureau der Menschenhändler zusammengeschickten Arbeiter erkennen die Unternehmervreundlichkeit an, nach einigen Tagen, als sie des Unternehmers Wind durch die heiligen Hallen des Waldes streichen sahen, zerstoßen sie in alle Weiden; arm, mittellos und hilflos sahen die Armen ihre verdienten Löhne verloren gehen, laut Kontrakt hatten sie gearbeitet für ihre eigenen Transportkosten. In Breslau wurden den Leuten Schichtlöhne vorgemalt und hier sollten dieselben im Gedinge arbeiten, wo natürlich nichts verdient werden konnte. Ein Glid war noch, daß den Arbeitern ihre Organisation zur Seite stand; es waren verschiedene Versuche darunter, nur keine Vergleiche. Bemerkten wollen wir noch, daß die Gedingeänderungen ebenfalls an die Kündigung gebunden sind, man hat kein Recht, den Arbeitern die Arbeitsblätter zu versauen, wenn ihnen ohne den achtstägigen Anschlag einfach Gedinge ausgenüßigt werden, für die der Arbeiter nicht arbeiten will, sondern lieber ohne Kündigung der Grube den Rücken kehrt. Die Kameraden aber müßen hieraus eine Lehre ziehen und liegen hierfür Dugende von Beweisen vor: Sind die Leute arbeiten und die sonst nötigen Vorarbeiten zur Kohlenverwertung erledigt, dann aber Unternehmervreundlichkeit, dann müssen die Interessen des Geldsack gewahrt werden. Kommt ein Kumpel mit etwas Geldrat, dann heißt es: „Wer nicht pariert, der flieht.“ Die diesige Belegschaft hat alle Ursache, die Belegschaftsversammlungen bis auf den letzten Mann zu besuchen. Dann wird auch hier Veränderung eintreten zum Wohle der Braunkohlenarbeiter.

Königreich Sachsen.

Grube Kaiserin Augusta. Schon oft sind uns von dortigen Kameraden Klagen zugegangen, worin sich dieselben über unregelmäßige Aufrechnung in die verschiedenen Lohnklassen beschwerten. Der Schichtlohn als Höchstlohn beträgt jetzt, nachdem die Feuerungsulage zum Schichtlohn gelegt wurde, für die Förderleute 2,55 Mk., für die Verhauer 2,75 und für die Bauer 3,25 Mk. Da nun die Steigerung des Schichtlohnes mit der Beförderung in eine höhere Arbeitsklasse nur möglich ist, so ist es wohl sehr leicht erklärlich, daß die dortigen Kameraden ein Interesse daran haben, daß hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Es sind schon Verhauer zu Bauern befördert worden, welche überhaupt noch nicht im Gedinge gearbeitet haben. Andere haben das Glid gehabt, schon nach fünfjähriger Dienstzeit den Titel „Bauer“ zu erhalten. Die meisten müßen aber sechs bis acht Jahre warten, einzelne wohl noch länger, trotzdem die Beamten darauf aufmerksam gemacht werden. Wir waren immer der Ansicht, daß man nur bei „Gewissen“ etwas langwieriger macht mit dem Aufstiegen. Es wurde uns aber immer gesagt, daß es doch eine „regulierte Arbeitsordnung“ gebe und da wäre es etwas ausgeschlossen. Leider haben wir Recht behalten und ist es der Herr Obersteiger Richter, welcher unsere Mutmaßungen bestätigt hat. Um seine Unparteilichkeit auch erkennen zu lassen, erzählt er zwar immer, daß es ihm ganz gleich sei, ob einer Sozialdemokrat sei oder nicht; nur solle man die anderen in Ruhe lassen. Das wäre ja für einen Obersteiger eine ganz vernünftige Ansicht und wir würden auch damit zufrieden sein, wenn es nur so wäre, aber das ist durchaus nicht der Fall. Das Aufstiegen zum Bauer richtet sich vielmehr nach der Beförderung der Arbeiter. „Wenn ich Ihre Beförderung früher genutzt hätte, wären Sie jetzt noch nicht Bauer geworden“, sagte kürzlich der Obersteiger zu einem Arbeiter. So, nun nicht ihr es, Arbeiter, schafft euch eine dem Herrn Obersteiger schmeichelt angenehme Beförderung an, dann werdet ihr auch mit dem Ananement bessere Erfahrung machen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Städt. Friedenshoffnungsgrube. (Schwefelsteinbach). **Schicht** unerschütterlich wird hier den Arbeitern die wirtschaftliche Lage noch dadurch gemindert, daß ihnen nicht einmal eine Viertelstunde Zeit zum Vortreiben freigegeben wird, was unläufig die Arbeiter in der Separation zu belagern hatten. Es ist eine Schande, wenn Arbeiter sich zwölf Stunden einspannen lassen und sie bei dieser langen Arbeitszeit noch geringere Löhne erhalten, als die Arbeiter in den schmalen Gruben zu essen, und dies nennen die Arbeiter zu weit gehenden Arbeiterschutz. Mit Grauen verfahren die Arbeiter die nicht endwärtigen Liebesgruben, sie fühlen nicht die Kraft, dieses unerträgliche Joch von sich abzuwenden, weil ein großer Teil sich von Ausbeutern in reichhaltigen und allerhand Kleinigkeiten zerstreuen läßt. So fand auch am Sonntag wieder in der Grube ein Fest die Gründung eines zweiten reichsten Vereins statt, man sprach davon, daß sich 200 Schafwörter haben einfassen lassen. Wann werden endlich den hiesigen Bergarbeitern die Schuppen von den Augen fallen?

Königin Luise-Grube (Westf., Bochhammerf.). Die Grube, diese unheimlichen Grube machen den Kameraden hier viel zu schaffen. So drängen Stöße am 1. März auf Vereinschaft VII durch einen Mann durch, so daß dort nicht mehr zum Aushalten war. Hier herrscht aber die Methode, sagen wir lieber die Lust, daß die Kameraden solange weiter arbeiten, bis sich der Wagen für die Gaszufuhr bedarf und sich empört. Ein Schlepper, dessen Wagen auch reuolierte und alles von sich gab, wollte gerne anschauen, doch meinte der Oberhauer S m o l l a: „Manu, Sie haben sich wohl gestern besoffen!“ Ein Werbeführer, der vor Kopfschmerzen nicht mehr fahren konnte und sich deshalb zur Ausfahrt meldete, erhielt vom Herrn Führer den Rat, doch zu warten, bis alles ausfahre. Unserer Ansicht nach wäre es doch vernünftiger, die Leute sofort ausfahren zu lassen, wenn ihnen die Stöße so lästig fallen. Auch sonst ist hier noch manches zu kritisieren. Am Schluß jeden Monats wird der Vorschlag ausgeführt; anstatt daß aber diejenigen, welche die Grube erhalten haben, gehen können, müssen sie warten, bis der letzte Mann entlassen ist, denn der Oberhauer will es so, da er nach Beendigung der Auszahlung die Kameradschaft und Nummern für den nächsten Monat verliert. Dies ist sonst auf keiner Abteilung der Königin Luise-Grube eingeführt und genügt vielleicht dieser Hinweis; es muß in der kritisierten Abteilung zu befehlen, denn das Verlesen gehört zur Arbeitszeit, das sollte auch der Oberhauer wissen. Die Kameraden haben deshalb auch gar keine Lust, nach Beendigung ihrer Arbeitszeit noch anderthalb Stunden im Zechenhaus zu verbringen. „Al“ dies könnte schon längst geändert sein, wenn die Kameraden einig wären und samt und sonderb der Organisation beitreten wollten. Statt dessen herrscht hier noch Spalteseders und Anstaltslosigkeit. Ihr aber, Kameraden, die ihr aufgedacht seid, die ihr für eure Rechte eintrittet und kämpft, führt eure Mitglieder aus, führt sie der Organisation, dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands zu. Und hier werden andere Verhältnisse eintreten, wenn ihr alle eure Schuldigkeit tut und ohne Unterlaß agitiert und organisiert.

Brangelschicht. **Strafwesen.** Trotz der geringen Entlohnung gegenüber den jetzt so hohen Lebensmittelpreisen tun die Strafen nicht unterbleiben. Auf genanntem Werke sind vor kurzem eine Anzahl Arbeiter wegen wiederholtem Fehlen mit dem halben Schichtlohn bestraft worden, auch wenn sie Urlaub nachgesucht hatten. Es bleibt eben die Ausbeuter immer gleich, jetzt werden wir beim Schichtsenken bestraft und bei klarem Beschäftigung werden wir zum Feiern gezwungen und der Lohn noch reduziert. Das nennt die herrschende Gesellschaft göttliche Weltordnung. Es wird die höchste Zeit, daß der Bergmann Stellung nimmt gegen diese Ordnung, indem er sich dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließt, um einen wirklichen Arbeiterschutz und Freiheit für diesen so gefährlichen Beruf, sowie einen ausreichenden Lohn zu erlangen, noch ist die Zeit günstig, die Grubenbesitzer betreiben einen Erregungswahn ein und dem Arbeiter müssen sie nicht einmal den Wochenlohn abgeben, damit er sich ausreichend und ohne Schaden nähren kann. Kameraden, schließt die Reihen dichter, noch ist es Zeit etwas herauszuholen, gibt es doch schon Zeichen, daß der Beschäftigung wieder abflaut. Laßt euch nicht durch das gründen von reichhaltigen Vereinen zu täuschen, denn diese werden nur zum Verlesen und zum Nutzen der Unternehmer geschaffen.

Süddeutschland und Reichslande.

Gatte Friede (Munich). **Goldfrüchte** eingehandelt, haben die Arbeiter dieses Werkes. Zwei Millionen Mark mehr wurde im Jahre 1903 herausgewirtschaftet wie im Vorjahre. Die Arbeiter hoffen nun, daß von diesem Ueberfluß auch ihnen etwas zufalle, doch weit gefehlt, brachte man es doch fertig, statt 1 Mk. pro Wagen (10000 kg.) zu geben, am 1. März noch vom Gebirge abzugeben, so in den Jahren 1 Mk. pro Wagen, stellenweise sogar 1,50 Mk. In der östlichen Abbaustrecke Nr. 2 ging das Gebirge von 10 Mk. auf 8,50 Mk. herunter, auch vor anderen Strecken wurde das Gebirge um 50 Pf. bis 1,50 Mk. reduziert. Ferner hört man wieder Klagen über das Gewicht, wurden doch noch im Februar für kleine Wagen 1200 bis 1800 kg. gutgeschrieben, während jetzt große Wagen nur mehr 1100 bis 1200 kg. enthalten sollen. Sollte die trockene Wagnis die Schuld tragen, daß auf einmal die Minette so leicht ist? Beschwerden beim Wegemeister helfen gewöhnlich nicht viel und der Herr Betriebsführer ist schnell fertig mit dem Wort, er sagt einfach, es war nicht mehr in den Wagen. Wer es aber wagt, widerständig zu sein und ein gerechtes Mißgeschick verlangt, indem er dabei auf die hohen Dividenden hinweist, der ist die längste Zeit auf „Friede“ gewesen, man weiß solche Kritiker loszubringen und sie können dann von Grube zu Grube iren, ehe sie Arbeit erlangen. So gehen ausländische Kapitalisten mit unseren deutschen Brüdern in Vorbringen um. International wird der Arbeiter ausgebeutet und muß er etwas erreichen, so kann er es nur dann, wenn aller Zwiespalt im Arbeiterlager aufhört und sie sich verbünden ebenso geschlossen, einig und international, wie das Unternehmertum. Deshalb agitiert für den Bergarbeiterverband, nur da ist ever Platz, wenn ihr eure Lage bessern wollt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bohum. Im Gefängnis befinden sich gegenwärtig beide Redakteure unserer Zeitung. Vor sechs Wochen mußte Kamerad P o l o r n y eine zweimonatliche Gefängnisstrafe antreten wegen Verleumdung des Zentrumsabgeordneten G e l s e r am Donnerstag voriger Woche folgte Kamerad W i m m a n n einer „freundlichen Einladung“ des Staatsanwalts und bezog für einen Monat Quartier im Zentralk „Hotel“ hier. Kamerad W i m m a n n soll gleich zu Beginn seiner Redakteurstätigkeit löcherige Grubenbeute beleidigt haben, und dieses „Verbrechen“ soll er jetzt sühnen und nebenbei soll er auch „gebeffert“ werden. W i m m a n n war zunächst vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, die dagegen eingelegte Verurteilung hatte den Erfolg, daß er zu 800 Mk. (geschrieben: acht Hundert Mark), eventuell in ein Monat Gefängnis verurteilt wurde. Da Kamerad W i m m a n n nicht so viel überflüssigen Mannern besitzt, um die 800 Mark beschaffen zu können, muß er sie „abbrummen“. Uebrigens ist Kamerad W i m m a n n der Ansicht, daß seine schriftstellerische Tätigkeit noch nie so hoch bewertet worden ist, als von der Strafkanne in St. Wols. In 30 Tagen „verdient“ er jetzt 800 Mark, so viel Geld hat er in seinem ganzen Leben noch nicht in einem gleichen Zeitraum verdient; beträgt sein „Honorar“ doch 26 Mark 75 Pfennig pro Tag. Kamerad W i m m a n n dürfte recht froh sein, wenn er auch sonst jemand finden würde, der seine schriftstellerische Arbeit so hoch bewertet, bezog, so viel dafür bezahlt. Da die Notiz, welche die Verleumdung enthalten haben soll, auch nur etwa 30 Zeilen umfaßt, beträgt das „Honorar“ für die Zeile etwa so viel, als er jetzt in einem Tage „verdient“. So viel erhält W a r t L w a n n nicht einmal für seine Schriftstellerei und da sage einer, daß die Schriftstellerei nicht ihren Mann ernährt! Nun, die beiden Kameraden werden hoffentlich ihre Strafe ohne ernstlichen Schaden an ihrer Gesundheit zu selbst, herunterreißen und wohlbehalten wieder zu uns zurückkehren. „Gebeffert“ werden sie allerdings, die gafflichen Räume des Zentralsgefängnisses nicht verlassen. Abgesehen davon, daß preußische Gefängnisse kaum geeignete Orte sind, Kinder zu heilen, werden Redakteure von Arbeiterblättern ganz besonders darin nicht „gebeffert“ werden. Darum lasse man sie nur lieber heilen, es hilft ja doch nichts. Will man Redakteure der Arbeiterblätter heilen, man veröffeliche man die Zustände im Wirtschaftsleben. So lange aber diese Zustände derartig sind, daß sie kritisiert werden müssen, werden sie kritisiert werden; daran kann und wird auch nichts ändern, wenn einmal eine Grubenverwaltung oder auch sonstwer glaubt, Grajanztrag stellen zu müssen, weil es dem Redakteur in einzelnen Fällen nicht gelinzt, alles was verurteilt worden ist, bis auf das Tapfische vom i zu begeben. An unsere Kameraden und Mitarbeiter möchten wir aber bei dieser Gelegenheit

die dringende Bitte richten, sich bei ihren Einsendungen über Grubenstände usw. erst jedesmal zu vergewissern, ob das von ihnen behauptete nicht nur den Tatsachen entspricht — denn das dürfte in den meisten Fällen wohl der Fall sein —, sondern eventuell auch die w e i s e n werden kann. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ soll das Organ der Bergarbeiter sein, durch das sie die Öffentlichkeit über die wirklichen Zustände auf den Gruben aufrufen; alle Mängel und Mißstände in und auf den Gruben müssen schonungslos ausgeführt werden, aber was überhaupt wird, muß, wie gesagt, bewiesen werden können. Diese Forderung muß weniger im Interesse des Redakteurs erhoben werden, denn die Redakteure der Arbeiterblätter nehmen im allgemeinen eine im Dienste der Arbeiterschaft „erworbene“ Gefängnisstrafe mit dem Gefühl der vollkommensten „Rechtfertigung“ hin, sondern dies ist nötig im Interesse des Ansehens des Blattes und Verbandes.

Bohum. Der „Bergknappe“ ist nicht recht erbaud davon, daß wir in unserer Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ durch Gegenüberstellung der Einnahmen, sowie Leistungen unseres Verbandes und des Gewerkschafts, die „Stärke“ des letzteren zeigten. Er meint in seiner letzten Nummer: „Wir glauben nicht, daß es die Gewerkschaftsbewegung schadet, wenn die Arbeiterorganisationen sich gegenseitig im Sinne der Schachmacherschläger herunterreißen.“ Es nimmt sich wirklich komisch an, wenn der „Bergknappe“ vom „herunterreißen“ im Sinne der Schachmacherschläger spricht, bezog, dies verurteilt soll. Wir meinen, daß der „Bergknappe“ im Grunde richtig und in der Tat, den Bergarbeiterverband zu verkleinern, kaum noch vom Reichsverband übertrifft werden kann. Nummer und immer wieder ist präbisch behauptet worden, daß der Gewerkschaftsverband kräftig blühe und gebehe, den „alten Verband“ bereits eingeholt und bald überholt haben werde. Und der „Bergknappe“ mag mal Umschau halten, ob auf der Geschäftsstelle des Gewerkschafts nicht derjenige sich befindet, der seinerzeit die Schwindelnotiz in „Das Reich“ langierte, daß es beim „alten Verband“ in „allen Zügen krache“, daß der Verband an „der Mitgliederzahl“ leide“ usw. Diese Notiz ging dann durch den ganzen „Arbeiterfreundlichen“ Blätterwald. Ferner haben wohl alle Gewerkschafts-Organisatoren dies in den Versammlungen nachgeplappert, besonders als es galt den „Versammlungsrummel“ abzumachen. Das findet der „Bergknappe“ ebenfalls ganz in der Ordnung; aber wenn ihm mit gleicher Münze heimgezahlt wird, dann soll das nicht dem Interesse der Gewerkschaftsbewegung dienlich sein, kann nicht das so quasi als Verräterat hingestellt. Ja, weiter „Bergknappe“: „Was du nicht willst das man dir tu“, das sag auch keinem andern zu.“ Aber der „Bergknappe“ wird verstehen, daß wir nach all den Prahlereien über den „kräftig auflühenden Gewerkschaftsverband“ waren, als wir die Abrechnung desselben im „Bergknappen“ sahen. Und dann waren wir berechtigt zu zeigen, wie es mit dem „kräftig blühenden Gewerkschaftsverband“ in Wirklichkeit bestellt ist. Ob der „Bergknappe“ mit den Prahlereien über die Stärke des Gewerkschaftsvereins wirklich die Grubenbesitzer vor der gemaltigen Macht desselben erschrecken wollte, oder ob er die Bergarbeiter damit veranlassen wollte aus dem „sterbenden alten Verband“ aus und in den „lungen lebendigen und kräftigen Gewerkschaftsverband“ einzutreten, ist an sich und herzlich gleichgültig; eins ist so richtig wie das andere. Ob damit die Interessen der Gewerkschaftsbewegung und besonders die Interessen der Bergarbeiter gefördert werden, ist mindestens zweifelhaft. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß es für die Arbeiter höchst schädlich ist, wenn sie über die wirkliche Macht der Organisation getäuscht werden und darum macht der Bergarbeiterverband gar kein Geheimnis über den wirklichen Stand der Organisation. Darum veröffentlichen wir jeden Monat unsere Abrechnungen in unserer Zeitung und geben auch bei jedem Quartalschluß unsere Mitgliederzahl bei der Arbeitslosenrechnung im „Reichsarbeitsblatt“ bekannt; unbekümmert darum, ob wir eine Zu- oder Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen haben. Das ist jedenfalls ehrlicher und den Arbeiterinteressen dienlicher, als wenn man — um mit Herrn W a l t e r G e l s e n k i c h e n zu reden — mit großen Mitgliederzahlen prahlt und bei der Abrechnung selbst einmal dann das Geld. Die Verteilungsrechnung des „Bergknappen“ und gegenüber zeigt sich auch deutlich darin, daß ein Vorkommnis beim vorjährigen Streit in Mitteldeutschland, wo einige erst während des Streiks eingetretene sich ungezogen benahmen; weil ihnen die Streikunterstützung nicht hoch genug war, wieder hervorgerufen. Daß diese Elemente, welche nichts zur Kampfkraft der Organisation beigetragen haben, immer diejenigen sind, welche am ehesten traleben über zu geringe Unterstützung, dürfte auch der „Bergknappe“ wissen, in dieser Beziehung hätte er auch beim großen Streit im Ruhrgebiet lehrreiche Studien machen können. Das erst kurz vor und während des Streiks die Organisation eingetretene nicht die gleichen Sätze an Unterstützung erhalten können wie die älteren Mitglieder, dürfte auch der „Bergknappe“ als selbstverständlich anerkennen. In diejenigen, welche der Organisation sechs Monate und länger angehört, sind 10 Mk. pro Woche und an Beihilfe für jedes Kind unter 15 Jahren 50 Pfennig extra gezahlt worden, und an die, welche noch nicht 6 Monate Mitglied waren, 2 Mk. pro Woche weniger. Uebrigens waren die Betroffenen auch von „christlichen Ordnungsführern“ gegen die Streikleitung aufgebeut worden. Die Rechnung, die sich der „Bergknappe“ dann noch aufmachte und welche beweisen soll, daß der Gewerkschaftsverband noch mehr geleistet hat als der Verband, wollen wir ihm für heute schenken. Nur soviel sei noch gesagt: das Rätsel, wo die 25 Pfennig der Streikunterstützung in unserer Abrechnung herkommen, werden wir dem „Bergknappe“ lösen, wenn er uns dagegen das Rätsel löst, wo die Gehälter für all die Gewerkschaftsbeamten herkommen, denn das ist aus der Abrechnung des Gewerkschaftsvereins durchaus nicht ersichtlich und zweifellos wichtiger, als unsere 25 Pfennig. Also bitte!

Bohum. Etwas vom Terrorismus. Die „Christlichen“ einschücheln des „Bergknappen“ wissen immer ein lautes und breites über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaftler zu erzählen. Von christlichem Terrorismus hört man bei ihnen aber nichts, obgleich derartige Fälle zu hunderten aufgeführt werden können. Jedenfalls erfahren die „christlichen“ Blätter solche Fälle nicht und damit sie nun ihre „christlichen“ Schäflein nicht für Engel halten, müssen wir von Zeit zu Zeit einen oder mehrere Fälle aus der großen Zahl herausgreifen und sie ihnen mitteilen. Möglicherweise, daß dann Herr Franz V e h r e n s, Gärtner, Bergbauhilflicher, Generalsekretär und Reichstagsabgeordneter diese auch einmal im Reichstage zur Sprache bringt. Also aus Gildesheim wird berichtet, daß der „christliche“ Disföler Wilhelm Kraft sich bemühe, sämtliche Arbeiter im „christlichen“ Holzarbeiterverband unterzubringen. Wenn das aber nicht nach seinem Wunsch geht, dann versucht er es auf die auch so oft den freien Gewerkschaftlern vom „Bergknappe“ angekündigte Methode: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, im wahren Sinne des Wortes. Die Sache selbst trug sich folgendermaßen zu. Schon wiederholt hatte K r a f t seine agitatorische Kraft an dem Disföler Wagner versucht und als dieser den Ladungen mißtraute, schlug er ihn in dieser halbe einige Male mit dem Hammer auf den Kopf. Dieserhalb wurde der „christliche“ Agitator sofort aus der Arbeit entlassen und aus derger hierüber lautierte er Wagner auf dem Wege zur Arbeitsstelle auf und mißhandelte ihn, daß er beschwundenlos liegen blieb. Wegen dieses „christlichen“ Taten ist Kraft auch gerichtlich bestraft worden. Interessant ist noch, daß sein Verteidiger Rechtsanwalt Berg in seiner Verteidigungsrede ausführte, dem Angeklagten möge zugute gehalten werden, daß er Propaganda mache für eine Gewerkschaft, die nicht auf revolutionärem Boden stehe, sondern treu zu Kaiser und Reich. Uns fällt es nicht ein, diesen Fall verallgemeinern zu wollen oder zu behaupten, diese Freiheit sei typisch für die Art der „christlichen“ Agitation. Aber von jener Seite wird jeder Fall von „Terrorismus“ den wir übrigens empfohlen verurteilen eines freien Gewerkschaftlers als typisch für die ganze Agitation der frei organisierten Arbeiter hingestellt. Und nur diese Tatsache zwingt uns, hin und wieder solche Fälle von Freiheit zu registrieren, sonst würden wir schon ganz darauf verzichten.

Bohum. Zentrums Arbeiterfreundlichkeit. Nachstehendes Infanat befindet sich in der „Westfälischen Volkszeitung“, dem Publikationsorgan der christlichen Gewerkschaften, in der Nummer vom Donnerstag, den 21. März:

„Gesucht für sofort:

4 bis 500 Arbeiter

nach Hamburg

zur Entladung und Beladung von Schiffen, Verladung derselben und ähnliche Schiffs- und Hafenarbeiten.

Tageslohn für neunständige Arbeitszeit 5 Mk. für Ueberstunden 1 Mk. Reise, Wohnung und Verpflegung frei. Arbeiter, die darauf reflektieren, wollen sich sofort mit Papieren melden.

S e i f e n k i c h e n, Schaffstraße 48.“

Bekanntlich sind die Hamburger Schauerente von den Rbedern ausgesperrt und da die von England importierten Streichböcher aus Geseind beitehen, die zu allem anderen nur nicht zur Arbeit tauglich sind, nicht man für diese Lumpenstücke wieder deutsche Arbeiter als Streikbrecher. Und dieses Bestreben unterstützt die Zentrumspreffe, welche immer mit ihrer Arbeiter-

freundlichkeit paradiert; d. h. wenn's kein Geld kostet und auch die Gebühren für ein Infanat nicht dabei in Frage kommen. Das sagen denn die christlich organisierten Arbeiter dazu? Wir fordern alle ehrlich denkenden Arbeiter auf, nicht nach Hamburg zu gehen, um ihren Geldsack und Klaffengewissen in den Klüden zu stellen.

Stämpen III. Den Kameraden zur Kenntnis, daß von nun an unsere Bahnhofsversammlungen jeden dritten Sonntag im Monat im Lokal W e f e r stattfinden.

Stadde. Ein niedererschlossener Begegnungstriebe sich hier umher und teilte schließlichen Kameraden mit, daß er vom 6. bis 15. April im Hotel Lindenhof in Dortmund Anmeldungen von Arbeitern für die Werke in Waldenburger Kloster entgegennehmen würde. Gleichzeitig wurden die betreffenden Kameraden ersucht, andere als Schließlichen kammernde Kameraden darauf aufmerksam zu machen. Nach dem Schließlichen, welches der Begegnungstriebe sich führte, wurde den Arbeitern, welche sich nach Schließlichen anwerben lassen wollten, der Himmel und noch etwas mehr versprochen. Wir warnen die schließlichen Kameraden, sich nach Schließlichen anwerben zu lassen; abgesehen davon, daß sie ja an eigener Erfahrung wissen, wie es in Schließlichen die hoh-n Wöhne usw. bestellt ist, haben auch andere, die sich früher schon nach dort anwerben ließen, trübe Erfahrungen damit gemacht. Daron nur ein Beispiel: Ende Februar ließ sich ein hier wohnender schließlicher Kamerad von einem Agenten verlocken und zog wieder nach Schließlichen. Abgesehen von den großen Verlusten, welche ihm durch Verkauf und Wiederkau von Möbeln entstanden, mußte er, wie er uns jetzt brieflich mitteilt, dort sechs Wochen über Tage arbeiten, weil nur ganz Wurmfreie zur Grubenarbeit zugelassen werden. Er hatte nun außer anderen Verlusten auch noch anstatt des versprochenen Hauertlohn für sechs Wochen nur den weit geringeren Lohn der Tagesarbeiter. Der Kamerad bereut es jetzt bitter, daß er so überlistet war und sich nach dort verschauern ließ. Wir können daher den Kameraden nur raten, hier zu bleiben und mitzuarbeiten am Ausbau der Organisation, dann lassen sich hier bessere Zustände schaffen, als von den Agenten euch vorgegaukelt wird.

Sohensberg. Am 22. Februar stand vor dem Schöffengericht in Schwerer Termin an in der Verleumdungssache unseres Bezirksleiters H a n s m a n n gegen den Bergmann G. S p r a t t e zu Buchholz. Spratte hatte sich bei dem Vertrauensmann H e s s e eine Aufforderung der Verbandskasse widerrechtlich angeeignet, wo darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die 40 Pfennig-Marken schon länger eingeführt seien, mit den 20 Pfennig-Marken abzurechnen oder vielmehr die übriggebliebenen zurückzugeben seien. Spratte verweigerte nun das Gericht, H e s s e habe Unterstellungen gemacht. Der Bezirksleiter H a n s m a n n untersuchte nun diese Angelegenheit und stellte fest, daß zu den Aufstellungen des Spratte keinerlei Anlaß vorlag, sondern sich die Zahlstelle in Ordnung befand. H a n s m a n n stellte dies auch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ fest, worauf Spratte immer noch behauptete, daß es doch wahr sei, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, H a n s m a n n vertuschte dies nur. Kamerad H a n s m a n n verklagte nun Spratte, doch nahm er die Klage wieder zurück, als dieser ihm einen Brief schrieb, daß er bereit sei, die Unschuldigungen zurückzunehmen und sich mit H a n s m a n n einigen wolle. Da Spratte krank felerie, ging H a n s m a n n zu ihm und erklärte auch Spratte, daß er H e s s e unrecht getan und daß er dies in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zurücknehme, er zahle jedoch die Kosten für die Annonce in der „Bergarbeiter-Zeitung“, während H a n s m a n n aus Mitleid mit ihm, da er alt ist und krank war, seine Verhältnisse nach Angabe seiner Frau schlecht waren, die Schreib- und Postkosten am Gericht bezahlte. Trotzdem gab Spratte keine Ruhe, sondern erzählte den Leuten, Kamerad H a n s m a n n sei hinter ihm hergelaufen, habe selbst die ganzen Kosten bezahlt und habe ihn gezwungen, die Verleumdung in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zurückzunehmen, denn H a n s m a n n habe doch gemogelt. H a n s m a n n ließ sich diese neue Anreizung nicht bieten und stand auf den 22. Februar Termin an. H a n s m a n n erklärte da sofort daß jeder Eingangsversuch überflüssig sei, da Spratte doch immer wieder die Märchen verbreiten würde. Spratte konnte dann bei der Verhandlung nicht den geringsten Beweis für die von ihm aufgestellten Behauptungen bringen und wurde deshalb mit 10 Mark im Unvermögensfalle mit zwei Tagen Gefängnis, sowie Tragung der Kosten bestraft. Hoffentlich läßt sich dies Spratte eine Warnung sein, indem er haltlose Behauptungen nicht mehr weiter verbreitet.

Katernberg. Der Wirt R o b e r t m a n n weigert sich, uns sein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu überlassen mit der Begründung, er habe schon die „Christlichen“ und beiden könne er sein Lokal nicht zur Verfügung stellen. Wir teilen dies den Kameraden der Bahnhofsstation Katernberg II und Stoppenberg II mit, damit sie Herrn R o b e r t m a n n nicht unnötig beschämen; denn derselbe dürfte es doch nicht gern sehen, wenn in seinem Lokale, das nur den „Christlichen“ geweiht ist, auch Verbändler verkehren. Herr R o b e r t m a n n mag sein Lokal ruhig den „Christlichen“ reservieren, wir werden auch ohne ihn und sein Lokal fertig, mindestens so gut, als er ohne uns.

Langendreer. Etwas von den „unpolitischen“ Kriegervereinen. Das ständige Anmachen unserer Zastelle scheint dem Vorstand des Kriegervereins ein Dorn im Auge zu sein. Er sendet an seine Mitglieder, von denen er vermutet, daß sie auch „höfe Verbändler“ sind, ein Schreiben, worin aufgefordert wird, den Bergarbeiterverband den Rücken zu kehren, mögefalls sie im Kriegerverein geblieben wären. Recht so. Organisierte Kameraden gehören auch nicht in den Kriegerverein, denn dort können ihre Interessen nicht vertreten werden. Die Kameraden werden es jetzt ebenso machen, wie vor einigen Jahren, sie drehen den Herrn im Kriegerverein eine Raie und bleiben dem Verbande treu.

Stoppenberg I. Den Kameraden zur Nachricht, daß unsere Mitgliederversammlung nicht am Sonntag den 31. März (Ostersonntag), sondern am 1. April (Dienstag), vormittags 11 Uhr, bei Offenbergl stattfindet. In dieser Versammlung darf kein Mitglied fehlen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Gleuel. Auf den 17. März hatte der „christliche“ Gewerkschaftsverein eine öffentliche Versammlung hier selbst einberufen. Auf den Zetteln, die zur Versammlung einluden, hatte ein mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung wohl schlecht vertrauter Arbeiter „Freie Diskussion“ bemerkt. Dies hatte die hiesigen Gewerkschaftler und Parteigenossen bewegt, an der Versammlung teilzunehmen und so war denn das Lokal der Witwe W o s e n überfüllt. Ein Herr T r i q u a r d aus Köln sollte über den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation reden. Er eröffnete die Versammlung und erklärte, daß er mit dem Kameraden G h. D i c k, dem Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, die Verabredung getroffen habe, das Bureau beiderseitig zusammenzusetzen. Es sei sonst bei ihnen (den christlichen Gewerkschaften) nicht üblich, aber hier sei es doch angebracht, weil der größte Teil der Versammlungsteilnehmer Anhänger der freien Gewerkschaften sei. Damit war man einverstanden. Kamerad D i c k fragte nun an, ob auch Redefreiheit gestattet werde, worauf T r i q u a r d erwiderte, es sei dies ohne seine Zustimmung, und auch vielleicht ohne die des christlichen Gewerkschaftsvereins auf den Einladungszetteln vermerkt worden; er fühere eine Viertelstunde zu. Nun stellte Kamerad D i c k den Antrag auf volle Redefreiheit, worüber Herr T r i q u a r d nicht abstimmen ließ, da dessen Annahme sicher war. So willigte er denn ruhig, wenn auch gegen seinen Willen, ein. Dann begann er seinen dreiviertelständigen Vortrag, wobei er einleitend hervorhob, daß es vorauszusetzen sei, daß hier in Gleuel für die christlichen Gewerkschaften kein Weges blühe; denn es sei doch eine Seltenheit, daß in einem so ländlichen Orte wie Gleuel die Arbeiterschaft einen sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat habe. Dann führte er weiter aus, daß es doch notwendig sei, den christlichen Arbeitern den Gedanken der Organisation zugänglich zu machen. Hier im Braunkohlenrevier habe der alte sozialdemokratische Bergarbeiterverband nicht die Ausdehnung genommen, wie es im Interesse der Bergarbeiter zu wünschen sei. Hier sei es nun Aufgabe des christlichen Gewerkschaftsvereins, das Versäumte nachzuholen. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband habe nicht mit der nötigen Energie gearbeitet, und es sei schließlich da, wo der Gewerkschaftsverband verfehlt habe, Fuß zu fassen, Peripetierung getrieben worden, wie z. B. in Frechen usw. Dann sprach er einiges verworrenes Zeug über den Nutzen des Zusammenschlusses und hob hervor, daß es gleichgültig sei, wo man sich organisiere. Es sei aber die Pflicht eines jeden christlichen Arbeiters, sich dem christlichen Gewerkschaftsverein anzuschließen, der im vorigen Jahre im hiesigen Braunkohlenrevier schon 1200 Mitglieder hatte. Es folgten noch einige kühne Ausfälle auf die Sozialdemokratie. Mit dem Hinweis, daß die christlichen Gewerkschaften in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon über 200 000 Mitglieder hätten und daß sie im vergangenen Jahre prozentual einen größeren Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hätten wie die freien Gewerkschaften, des weiteren, daß sie an vielen Orten Großes für die Befreiung der Arbeiter getan, schloß er seinen Vortrag unter dem gewöhnlichen Schwaigen der Versammlung. Dummheit nahm in der Diskussion Kamerad D i c k das Wort. Er führte unter anderem aus: Schon die Einladung zur Versammlung ist garnicht dazu angetan, dem christlichen

Erfolg ist ja bis jetzt allerdings nur in sehr geringem Maße zu ver-

zeichnen gewesen. Gewöhnlich sind die Herren Beamten mit fast leeren Händen nach Hause gekommen. Sogar die durch den einflussreichen Streik so berühmt gewordenen Schleifischen Kohlen- und Holzwerke haben das Mittel angewandt und einen Agenten und zwar den Steiger K e g e l nach dem Ruhrrevier geschickt. Dieser ist in Reumut und Ungehörigkeit, dort, wo gerade die ehemaligen Bergarbeiter der Schleifischen Kohlen- und Holzwerke beschäftigt sind, von Wohnung zu Wohnung zu bewegen, um die Leute durch seine Versprechungen zur Rückreise zu bewegen. Trotz seiner Zusicherungen, daß nur Löhne für Dauer von 3,75 bis 4,20 Mk. ausbezahlt würden, daß die Lebenswürdigkeit eines Direktors Kührer (jeweils) ginge, daß sogar Schulden bis zur Höhe von 80 Mk. vom Werke gedeckt würden, daß noch jedem Angeworbenen ferner 30 Mk. Extravergütung zugesichert wurden, alles dieses hat nichts geschadet. Das Resultat seiner heißen Bemühungen war, daß womöglich eine Drohschleife zurecht hätte, die gewonnenen Arbeitskräfte nach Nieder-Schlesien zu befördern. Interessant an der ganzen Geschichte ist die Tatsache, daß Steiger Kiegele auch diejenigen aufsucht, welche voriges Jahr nach dem Streik, als sie wieder um Arbeit anfragen, nicht wieder angenommen wurden, mit dem Bemerkten, für sie sei kein Platz mehr. Jedenfalls muß wohl Platz auf den Werken sein, sonst brauchte man doch nicht diejenigen, welche damals die schlechtesten Kerle waren, jetzt wieder zurückholen wollen. Doch bei diesen damals Bemerkungen hat sich der Kiegele eine Absicht geheut, welche ihm den Aufenthalt im Ruhrrevier erleichterte. Interessant ist ferner, wie die Grubenherren sich trotz der Sperre, trotz des gegenseitigen Arbeitsincommens so viel möglich bemühen, einander über den Köpfen zu barbaren zu können. Der Herrmann in Nr. 12 des „Freieraden“, wonach durch so und soviel Zuschriften herbeiführen werden soll, wie gut es, entgegen im Ruhrrevier, die hiesigen Bergarbeiter haben, scheint seine Wirkung nicht auszuüben. Sonst brauchte man nicht zum letzten verarmten Mittel zu greifen, sich gegenseitig die Leute wegzuschneiden. Im Schleifischen Amtsblatt (Schleif) gehört zum Meister des Grafen Magni ist in Nr. 11 vom 18. März folgende Bekanntmachung zu lesen:

„Bergleute!“

Schlepper, Lehrling und Pauer für die Herzoglich Pfälzische Verwaltung
Waldenburger können sich melden in Rother's Brauerei.
Schlepperlohn 2,70—3,20 Mark,
Lehrling 3,20—4,50 „
Pauer 3,50—4,80 „
Weisvermittlung.

Aug. Grottker.

Zu bemerken ist, daß die Magni'schen Gruben auch keine Leute übrig haben, es könnten nur ein großer Anhang eingestellt werden. Den Kiegele, eine Wiederholung zu erlauben, wie Arbeitskräfte zu bekommen und zu erhalten sind, hat zweifelsohne die Direktion der Weisvermittlung geschlagen. Dort hat man sich ein großes Automobil zugelegt, wie wir hören zu dem angeblichen Zweck, Arbeiter, welche infolge zu großer Entfernung vom Werke dort nicht Arbeit nehmen können, zur Arbeit abzuholen und am Schluß der Schicht wieder nach Hause zu fahren. Vorläufig ist so das Auto noch nicht seiner eigentlichen Bestimmung übergeben worden, da man bei den Probefahrten bis jetzt genug zu tun hatte, alle Fuhrwerke, welche infolge Durchgehens der Pferde (was durch das Geräusch des Automobils verursacht wird) im Straßengraben lagen, wieder auf die Straße zu helfen. Wenn Kameraden, welche die hiesigen Verhältnisse nicht kennen, diese Zeilen lesen, so dürfen sie vielleicht der Meinung sein, daß die Grubenverhältnisse in Nieder-Schlesien infolge Leutenmangels auch gute sein müßten. Leider ist das nicht der Fall. Die Lohnverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. Dauerlöhne unter 8 Mk., Schlepperlöhne unter 2 Mk. sind keine Seltenheit. Die Unterbreiter ist ungeheuer, die Behandlung durch die Beamten läßt meist alles zu wünschen übrig. Mißstände gibt es überall. Die Schuld hieran trägt in der Hauptsache die Interesslosigkeit der Nieder-Schlesischen Bergarbeiter. Statt sich dem Bergarbeiter-Verbande anzuschließen, läuft man jedem Abend nach. Die Beamten wissen, daß sie zum Teil eine unorganisierte Masse vor sich haben, deswegen fürchten sie sie nicht. Kameraden des Waldenburger Meisters! Soll das so weiter gehen? Sollen wir fortwährend mit gebundenen Händen zusehen, wie die Grubenprogen Schindluder mit uns treiben? Wenn in dieser guten glänzenden Geschäftzeit keine Vorteile für die hiesigen Bergarbeiter herausgeschlagen werden können, so haben wir es ehestens den Unorganisierten und zweitens denjenigen zu verdanken, welche wohl organisiert sind, es aber nicht für nötig gefunden haben, fortwährend neue Verbandsmitglieder zu werben, um den Verband zu stärken. Kameraden, helft die Kräfte sammeln, damit wir gerüstet den kommenden Kämpfen gegenüberstehen. Erst wenn jeder ein Agitator für den Verband geworden, wenn die Mehrzahl organisiert ist, erst dann werden wir die Früchte einer guten Konjunktur genießen können.

Süddeutschland und Reichslande.

Aus Oberbayern. (Ein f. b. Verbandsleiter). Schon wiederholt mußten wir uns mit der Person des fiktionalen Grubenmonarchen K e g e l m e i e r in Reiffenberg beschäftigen. Jetzt hat der Herr sich abermals vor versammelter Mannschaft herausgenommen, den Verbandsleitern „Verlogenheit“ und schlechte Wirtschaft mit den Verbandsgebern vorzuwerfen. Herr Kiegele besitzt den zu schärfsten Mut, immer vor versammelter Mannschaft, wo ihm niemand widersprechen kann, seine „Lebenswürdigkeiten“ den Arbeitern ins Gesicht zu schleudern. Es ist dies jedenfalls leichter, als unumstößliche Wahrheiten in der Presse zu bekräftigen. Er meint zwar dort, wo er sich sicher fühlt, mutig gegen die „verlogene“ Presse, hütet sich aber wohlweislich, entsprechend gegen diese Presse vorzugehen. Daß er die Organisation und deren Angehörige immer in solcher Weise anrempelt, schadet diesen durchaus nicht, denn die Arbeiter sagen sich einfach: Wenn der Verband und seine Angestellten wirklich nichts wert sind, warum regt sich dann die Grubenverwaltung noch darüber auf? Das Geld wird nach Vordruck geschickt, weil dort die Zentralstelle ist und weil es dort auch gut aufgehoben ist. Wohin meint denn Herr Kiegele, daß das Geld geschickt werden soll? Sollen wir es vielleicht im Weinloftigen Sparverein anlegen? Oder sollen wir es dem Geschäftsführer des Knappschaftsvereins, Herrn Kramheller, zum Aufheben geben? Oder wo soll es sonst hingeschickt werden, Herr Kiegele? Der „geistreiche“ Wortwitz, daß die Angestellten von den Beiträgen ein schöneres Leben führen als die Arbeiter, darf natürlich nicht fehlen. Von den Tagesleiden, die vom Gelde der Arbeiter ein weit bequemer Leben führen als ein Gemerkelhaftes, weiß Herr Kiegele nichts. Nicht sonderbar mutet seine Behauptung an, daß der Staat den Vergewaltigten nur der Arbeiter wegen betreibt. Diese f. b. Fürsorge für den „guten Bruder Arbeiter“ ist wirklich tückisch. Die Praxis paßt zu solchen Sprüchen allerdings wie die Faust aufs Auge. Wenn das nämlich Wahrheit und nicht bewußter Schwindel sein soll, wozu dann die saarabischen Gespinnstweben? Warum erdreistet sich dann ein Verbandsleiter, die Arbeiter in ihrem Privatleben zu schulmeistern und den schwersten Druck auf sie auszuüben bezüglich der Verärgerung ihrer politischen Überzeugung? Warum soll dann der Arbeiter emig das Bistrier bleiben und sein heiliges Recht, seine freie Überzeugung, sich von gewissen Leuten vorzuführen lassen? Warum dann die empfindenden Strafbestimmungen in der Arbeitsordnung, mittels deren die Verwaltung mit den Arbeitern Gangball spielen kann? Warum dann, Herr Kiegele, das Streikstreben gegen den neuemählten Arbeiterausschuß? Warum wurde denn die Wahl aus nützigen Gründen angefochten? Warum wurde da der Wille der Arbeitermehrheit nicht respektiert? Warum will man unter allen Umständen Viehweiden und Verstecknisse in den Ausschüß bugtieren? Will Herr Kiegele etwa behaupten, daß dies alles zum Wohle der Arbeiter geschieht? Ueber das Kapital Strafwesen und „Verlogenheit der Presse“ wollen wir nicht lange streiten. Herr Kiegele rückt sich um den Kern der Sache herum, wie die Kage um den heißen Brei. Wenn die alte Arbeitsordnung ausreichte, um Strafen in der gewöhnlichen Höhe der jetzigen Strafanstalt zu verhängen, warum wurden dann die neuen Strafbestimmungen mit allen Mitteln durchgedrückt? Gewiss zum Wohle der Arbeiter? Wir schreiben feierlich: „Während nämlich bei dem früheren Umfang des Nullens eine Partie um 70 Bg. gestraft wurde, wird jetzt eine Partie mit z. B. acht Mann für das gleiche „Meat“ um 16,56 Mk. erleichtert“. Herr Kiegele macht daraus aus dem Handgelenk heraus „Lügen“ und „Verleumdungen“. Zum Beweise dafür, daß die Presse nicht „gelogen“ hat, lassen wir die einschlägigen Bestimmungen im Wortlaut folgen:

§ 23. (Nachtrag.) 1. die Strafen sind:

- a) Verwarnung,
- b) Geldstrafe,
- c) zeitweilige Ablegung,
- d) Entlassung ohne Kündigung.

2. Mit Verwarnung ist vorzugehen bei leichteren Verfehlungen aller Art und im ersten Fall unter oder ungenügender Förderung, wenn der Vergewaltigte eines Fördermagens 50 Kilo nicht übersteigt oder wenn ein Förderwagen nicht voll geladen ist, aber noch mindestens neun Bechtel seines Fassungsvermögens besitzt.

Geldstrafen sind und zwar bis zur Hälfte des für die vorgegangene Förderperiode ermittelten Tagesarbeitsverdienstes derjenigen Arbeiterklasse, welcher der zu bestrafende Arbeiter angehört, gegen Arbeiter auszusprechen, welche sich erneuter Verfehlungen gegen die Arbeitsordnung schuldig machen oder wiederholt innerhalb eines Kalendermonats verfehlen.

Geldstrafe ist ferner zu verhängen, wenn der Vergewaltigte des Fördermagens zwischen 50 und 70 Kilo beträgt oder wenn der Förderwagen zwar weniger als neun Bechtel seines Fassungsvermögens enthält oder wenn Förderwagen innerhalb dreier aufeinander folgender Kalendermonate von demselben Arbeiter oder derselben, d. i. ihrer Mehrzahl nach aus denselben Arbeitern wie aus den zwei Vormonaten zusammengefaßten Kameradschaft wiederholt nicht voll oder unrein im Sinne der Ziffer 5 des § 12 c geladen sind (mehr als 80 Kilo Vergewaltigt. D. b.)

Ziffer 4, Absatz 3. Die Strafe der zeitweiligen Ablegung kann verhängt werden, wenn sich unreine oder ungenügende Förderung innerhalb dreier aufeinander folgender Kalendermonate seitens derselben Schuldigen (vergl. Ziffer 8 oben) zum dritten Male oder öfter wiederholt oder wenn auch im ersten Falle unreiner Förderung ein Förderwagen mehrmals 70 Kilo Vorge oder eine geringere Ladung als acht Bechtel seines Fassungsvermögens enthält.

So weit die im prächtigen Amtsstil gehaltenen einschlägigen Bestimmungen. Und angelichts dieser Tatsachen mag es Herr Kiegelemer von der „verlogenen Presse“ zu sprechen! Daß die Strafen tatsächlich trotz dieser Bestimmungen gelassen sind, ändert an deren arbeiterfeindlicher Tendenz kein Jota. Darum etwas Vorsicht für die Zukunft, Herr Kiegelemer!

Wollingen. Am 17. März fand in W o l l i n g e n zum erstenmal eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war, zu der sich aber auch die Beamten vom Betriebsführer bis zum Stroßensoldaten einfanden. Nicht schätzten traten die Vergewaltigten in den Saal ein, und sah man ihnen an den Gesichtern die Furcht vor ihren Vorgesetzten ab. Die Furcht ist ihnen aber bei den sachlichen Ausführungen unseres Kameraden B e r g geschwunden. Der recht lebhaft verlaufende Beweis, daß Kamerad Berg ihnen aus dem Herzen sprach. Nun griff der Herr Betriebsführer M o l l e n b u r g von Grube Reichsland (Rupp gehörig) in die Diskussion ein. Er führte ungeführt folgendes aus: Die Verhältnisse seien heute weit besser als früher. Dann heute brauchen keine Frauen mehr zur Grube, auch sei es ein Beweis für die Humanität der Unternehmer, daß sogar, er weiß nicht wieviel Prozent, Italiener bei ihnen Arbeit erhalten könne; auch sei die Schichtzeit eine kürzere wie in anderen Revieren und lange Schichten kämen bei ihnen nicht vor. Der Herr Rechnungsführer markierte dabei den Souffleur. Unserem Kameraden Berg war es ein Leichtes, den Herrn unter allgemeinem Gelächter und Weisfall abzuführen, und wenn es dem Herrn absolut gelingen sollte, noch einmal zu operieren, so wollten wir ihn auf die erste eine zweite Portion folgen lassen inbetriff der kurzen Schichten. In unseren Händen sind folgende drei Anschläge:

„B e t r i e b s f ü h r e r : M o l l e n b u r g“

Am Donnerstag den 22. Juni arbeitet die Frischschicht von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr mittags, die Mittagschicht von 3 Uhr bis 3 Uhr nachts. Am Freitag arbeitet die Frischschicht von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags, die zweite Schicht von 6 Uhr nachmittags bis 8 Uhr morgens.

Wollingen, den 20. Juni 1906.

„D e r B e t r i e b s f ü h r e r : M o l l e n b u r g“

Am Montag den 28. Juni und am Dienstag den 27. Juni muß verstärkt gefördert werden und es soll am Montag von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr nachmittags bezw. von 8 Uhr nachmittags bis 8 Uhr nachts, am Dienstag von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags und von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens gearbeitet werden.

Wollingen, den 24. Juni 1906.

„D e r B e t r i e b s f ü h r e r : M o l l e n b u r g“

So können wir noch eine Reihe weiterer folgen lassen; was sagt nun die Vergewaltigte zu diesem „M u s s“ verstärkt gefördert werden? Nun suchte Steiger Weigel für seinen Betriebsführer eine Lange zu brechen, indem er unter allgemeiner Heiterkeit ausrief, daß in Hesse-Bassau die Erzbergleute 2,80 Mk. verdienen und sie möchten doch nicht nach Cothringen. Warum nicht, Herr Steiger? Unter Kamerad Berg ging nun zunächst auf die Ursachen der Wasserungslücke über, denn sich weiter mit den Beamten abzugeben, hatte keinen Zweck, denn es war der Blamage für die Herren gerade genug. Er besetzte sich dann mit dem letzten in stattgefundenen Grubenunglück in Neben-Stollen und auf dem Mathisensschacht, Saarrevier, wobei es an Seitenhieben nicht fehlte. Nachdem noch eine Reihe Neuauflagen gemacht waren, wurde die so imponant verlaufene Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen.

Bekanntmachung.

Antrag zur Generalversammlung.

Nachstehend veröffentlicht wir ein vom Vorstand ausgearbeitetes Streik-Reglement.

(Entwurf.)

§ 1. Wenn eine Mitgliedschaft geneigt ist, mit Forderungen an ihre Werkverwaltung heranzutreten, so hat der Vertrauensmann den Zentralvorstand davon sofort in Kenntnis zu setzen. Die Forderungen dürfen nicht eher an die betreffende Werkverwaltung abgesandt werden, bis der Vorstand seine Zustimmung dazu gegeben hat.

§ 2. Sollen zur Durchführung aufgestellter Forderungen Arbeitsniederlegungen (Angriffsstreiks) erfolgen, so sind vor Einreichung der Forderungen an den Vorstand neben dem Bezirksleiter alle mitbeteiligten Stellenverwaltungen zu Rate zu ziehen. Das Resultat der Beratung ist dem Vorstand mindestens sechs Wochen vor Beginn des Streiks auszufüllen und genauestens mitzuteilen. (Der Schlußsatz des § 1 ist auch hier zu beachten.)

§ 3. Sind mehrere Streiks beim Vorstand angemeldet, so ist jenen Bewegungen das Vorrangrecht einzuräumen, welche Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht nehmen.

§ 4. Sofern wegen Abregelungen, Lohnabzügen und ähnlichen Nachteilen der Mitglieder Abwehrmaßnahmen (Abwehrstreiks) eingelegt werden sollen, so ist dem Vorstand und Bezirksleiter innerhalb 24 Stunden schriftlich, mündlich oder telegraphisch Mitteilung zu machen. Die Entscheidung des Vorstandes ist unbedingt abzuwarten.

§ 5. Für Streiks, welche ohne Genehmigung der Verbandsleitung unternommen werden, wird aus Verbandsmitteln keinerlei Unterstützung gezahlt.

§ 6. Brechen in einem Betriebe Differenzen aus, woran nur einige Verbandsmitglieder beteiligt sind, so treten diese unter Zuziehung der Ortsverwaltung oder des zuständigen Vertrauensmannes zur Beratung der Sachlage zusammen und haben dann dem Bezirksleiter sowie dem Vorstand Bericht zu erstatten und die darauf erfolgenden Anweisungen zu befolgen.

§ 7. Wo auch andere Organisationen, namentlich die Fisch-Dundersen, christlichen und politischen Gewerksvereine mit in Betracht kommen, haben unsere Vertrauensleute vor Ausstellung von Forderungen und auch vor Inangriffnahme von Abwehrstreiks sich über die Meinung dieser Organisationen eingehend zu unterrichten und dem Bezirksleiter und Vorstand hierüber streng sachlich zu berichten. Eventuell hat dann der Bezirksleiter oder ein Bevollmächtigter des Vorstandes mit diesen Organisationen zu verhandeln.

§ 8. Der Vorstand ist verpflichtet, bei Ausständen von größerer Tragweite eines seiner Mitglieder oder einen Bevollmächtigten in das Ausstandsgebiet zu entsenden, um genaue Informationen an Ort und Stelle zu erlangen.

Der Bezirksleiter ist ebenfalls verpflichtet, sich bei Ausständen oder Ausperrungen usw. ins Streikgebiet zu begeben, um genaue Informationen an Ort und Stelle zu erlangen und dem Vorstand berichten zu können.

Der Bezirksleiter oder Vorstandsvertreter haben auch möglichst Verhandlungen anzubahnen und insbesondere auf den Vollzug des Streikreglements und der Instruktion hierzu (siehe Anhang II Seite 60—68 der Instruktion) zu dringen.

§ 9. So lange die Zahl der an den Differenzen beteiligten Verbandsmitglieder nicht zu hoch ist und in einem oder mehreren Sälen zur gemeinsamen Abstimmung darüber herangezogen werden kann, ob sie in einen Ausstand treten will, ist ihr die Entscheidungskabstimmung zu belassen. Vor der Abstimmung hat in den Versammlungen der Vertrauensmann oder Bezirksleiter oder der Bevollmächtigte des Vorstandes auf die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen über den Konfliktbruch und auf unsere geltenden Bestimmungen über die Durchführung und Unterbrechung des Streiks laut und verständlich aufmerksam zu machen. Das Resultat der Abstimmung nebst Stimmzetteln ist mit dem Situationsbericht innerhalb drei Tagen an den Vorstand nach Begum zu senden.

§ 10. Ist die Zahl der Streikenden so groß, daß sie in einem oder mehreren Sälen nicht zu gleicher Zeit über die Arbeitsniederlegung usw. abstimmen kann oder kommt ein größeres Revier in Frage, so obige Abstimmung nicht an einem Tage gleichzeitig und in Anwesenheit und unter Vertretung aller beteiligten Mitglieder erfolgen kann, so können von jeder Zahlstelle nach § 20 des Verbandsstatuts Delegierte gewählt und zu einer Delegierten- oder Revierratskonferenz berufen werden. Siehe auch § 28—30 der Instruktion. An diesen Revierratskonferenzen nimmt der Vorstand teil.

§ 11. Der Vorstand (im Behinderungsfall die verantwortlichen Verbandsbeamten) hat auf Grund des eingegangenen Situationsberichts unverzüglich zu prüfen, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Ausstands vorhanden ist.

Der Vorstand beschließt nebst Verhaltensmaßnahmen bei eventuellem Ausstand ist sofort, spätestens innerhalb eines Tages an den Bevollmächtigten oder Vertrauensmann abzugeben. Vorher darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Dasselbe gilt auch bei Abwehrstreiks.

§ 12. Bei Prüfung der Verhältnisse hat der Vorstand sowohl die Geschäftslage des Reviers, wie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Der Vorstand hat ferner zu berücksichtigen, ob zur Durchführung des Ausstands die nötigen Mittel vorhanden sind oder beschafft werden können.

§ 13. Der Antrag auf Arbeitsniederlegung kann auch abgelehnt werden, wenn schon an einem andern Orte gestreikt wird oder Kündigung erfolgt ist.

§ 14. Unterstützung bei Ausständen kann ein Mitglied nur dann erhalten, wenn es dem Verband mindestens 20 Wochen hintereinander angehört und für diese Zeit seine Beiträge bezahlt hat.

In Ausnahmefällen kann nach eingeholter Genehmigung des Vorstandes auch an solche Mitglieder eine Streikunterstützung gezahlt werden, die noch nicht sechs Monate Mitglied sind. Die Höhe dieser Unterstützung darf der Dauer der Mitgliedschaft entsprechend aber nur die Hälfte bis Dreiviertel des vollen Betrages der älteren Mitglieder betragen.

§ 15. Die Höhe der Streikunterstützung beträgt:

- a) für verheiratete Mitglieder 12 Mark pro Woche;
- b) für ledige Mitglieder 10 Mark pro Woche.

Außerdem erhält jeder Familienvater für jedes unter 14 Jahre alte Kind einen Zuschuß von einer Mark, jedoch nicht mehr als fünf Mark pro Woche. Ledigen Mitgliedern, welche Angehörige zu ernähren haben, kann der volle Satz der Verheirateten bewilligt werden. Die laufenden Verbandsbeiträge sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Für außerordentliche Notfälle, welche Streikenden während des Streiks zustoßen, kann nur der Vorstand Extra-Unterstützung bewilligen. § 16. Für Streiks, die weniger als eine Woche dauern, wird nichts gezahlt. Für alle länger dauernden Streiks, die vom Vorstände bewilligt wurden, wird für die Dauer derselben die obige Unterstützung gezahlt, soweit die Verhältnisse es gestatten.

Die Zahlung der ersten Wochen-Unterstützung erfolgt eine Woche nach der letzten Lohnzahlung, welche die Streikenden erhielten.

§ 17. Die Mitglieder, welche mehreren Organisationen angehören und dabeist Unterstützungsberechtigt sind, können bei einem Streik usw. nur aus der Organisation Unterstützung erhalten, die dabei in Frage kommt.

§ 18. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt gegen schriftliche Empfangsbescheinigung (Quittung). Seitens der Streikbureaus ist über Einnahme und Ausgabe genau Buch zu führen. (Siehe § 51 bis 53 der Instruktion.) Ebenso ist die Liste über die Streikenden und Kontrolle usw. gemäß §§ 24 bis 50 der Instruktion zu handhaben.

§ 19. Bei Arbeitsniederlegungen, die auf Grund dieses Reglements nicht genehmigt werden können, deren Berechtigung aber vom Vorstände anerkannt wird, ist letzterer jedoch befugt, Gelegenheit zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben.

§ 20. Die Entscheidungen des Vorstandes in allen obigen Fragen sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder verbindlich, wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichtet dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterstützung.

§ 21. Bei vom Vorstände genehmigten Ausständen sind die von demselben getroffenen Anordnungen strikte durchzuführen.

Ueber den Stand der Bewegung ist jede Woche von den örtlichen Verbandsfunktionären an die Gesamt-Streikleitung und von dieser an den Vorstand ein schriftlicher Bericht (Wochenbericht) einzufenden. Ist die Berichterstattung von einer Woche veräumt und erfolgt nach vorausgegangener Mahnung innerhalb einer Woche kein Bericht, so ist der Vorstand berechtigt, die Unterstützung einzustellen.

§ 22. Alle Streikenden sind verpflichtet, für Streikarbeiten (Posten stehen) und alle sonstigen im Interesse des Streiks nötigen Dienste sich der Streikleitung zur Verfügung zu stellen. Wer sich unberechtigter Weise weigert, kann die Unterstützung entzogen werden.

§ 23. Wer sich weigert, ihm nachgewiesene andere Arbeit gegen Lohn zu verrichten, dem kann die Streikunterstützung entzogen werden. Der mit anderer Arbeit einen entsprechenden Lohn verdient, erhält ebenfalls keine Unterstützung.

Briefkasten.

An mehrere Einsender. Versammlungsberichte wollte man nur einsenden, wenn in den Versammlungen wichtige, weitere Kreise interessierende Sachen verhandelt wurden. Versammlungsberichte, welche nur für die Mitglieder einer Zahlstelle Interesse haben, können nicht aufgenommen werden, weil dazu der Raum eines Wochenblattes nicht reicht. — Dasselbe gilt von den Einsendungen, worin zum besten Besuch der Versammlungen aufgefordert wird. Mittel die Schläfrigen nur persönlich auf, das wirkt besser als solche Notizen in der Zeitung. —

§ 25. § 23 b des jetzt geltenden Vergesetzes bestimmt, daß die regelmäßige Arbeitszeit durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf. Eine Verlängerung, welche zur Umgehung dieser Bestimmung erfolgt, ist unzulässig. Da die Sache Holland auch in Preußen liegt, müssen auch diese Bestimmungen des Allgemeinen Vergesetzes befolgt werden. Wenn das nicht geschieht, kann die Verwaltung zwar nicht wegen „Freiheitsberaubung“ belangt werden, aber doch nach den Strafbestimmungen des Allgemeinen Vergesetzes recht empfindlich an ihre Pflicht „gemahnt“ werden. Der betreffende Paragraph (207 f.) lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer den Vorschriften der §§ 93 b, 93 c, 93 d zuwiderhandelt.“ Wenn seitens der Behörde Verwaltung gegen § 93 b gesündigt wird, muß Anzeige bei der Vergewaltigte erfolgen. Wende Dich an das Arbeitersekretariat. Langem dreie. Die Geschäftsführer und Vertrauensleute der Zahlstellen unseres Verbandes sind nicht verpflichtet, den örtlichen Polizeibehörden Auskünfte über Mitglieder des Verbandes zu erteilen. Will die betreffende Behörde Auskunft haben, so muß sie sich an die Vordrucke Polizeiverwaltung wenden, wo alle Mitglieder angemeldet werden. Wenn ihr übrigens die „Bergarbeiter-Zeitung“ ansmekeln verfolgen müßte, wäre die Frage überflüssig gewesen. In Nr. 2 dieser Zeitung ist auf Seite 8 unter „Verbandsnachrichten“ das nötige in ausführlicher Weise gesagt.

Verbandsnachrichten.

Achtung.

Inserate für die nächste Nummer müssen spätestens bis Samstag den 30. März morgens hier sein, weil die Nummer der Feiertage halber an diesem Tage abgeschlossen werden muß, um am Dienstag rechtzeitig mit dem Druck beginnen zu können.

Die Expedition.

Wie uns mitgeteilt wird, versucht ein Bergarbeiter, welcher vom 6. Juni 1906 bis 1. Februar 1907 Mitglied des rheinischen Bergarbeiterverbandes war, für angeblich seit drei Monaten freitende Bergarbeiter Gelder zu sammeln. Er behauptet, mit dieser Mission von der belgischen Organisation beauftragt zu sein, auch solle das im Einverständnis mit dem Vorstände unseres Verbandes geschehen.

Wir erklären, daß das Schwindel ist! Die belgische Organisation hat sich an uns wegen Unterstützung Streikender oder wegen einer zu veranlassenden Sammlung für dieselben nicht gewandt. Wir warnen daher davor, dem betreffenden Gelder zu Unterstüßungszwecken zu verabfolgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Schwindler auch in anderen Revieren sein Heil versucht, wir ersuchen daher, gegebenen Falles dafür zu sorgen, daß er unschädlich gemacht wird.

